

Bezugspreis:

Bezugspreis: 30 Pf. monatlich, 3 Mark vierteljährlich, 10 Mark halbjährlich, 20 Mark jährlich. ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Sonnabend, den 12. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 3 Pf. ...

Die U. S. P. will Helfferich!

Die Unabhängigen haben durch Crispian ihren Eintritt in eine Linkskoalition abgelehnt und damit die Bildung einer Rechtskoalition erzwingen. ...

Wie wir schon im gestrigen Abendblatt meldeten, hatte sich Genosse Hermann Müller zum Zweck einer neuen Regierungsbildung zunächst an die Unabhängigen gewendet. ...

Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. ...

In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. an der Regierung aber deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionregierung unsere republikanischen Einrichtungen vor alle Angriffe von rechts verteidigt werden können. ...

Anschließend hat er Crispian zu einer Besprechung, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hinwies. ...

Auf dieses Schreiben ist am 11. Juni nachmittags eine Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie, gezeichnet Crispian, eingegangen, die die Ablehnung der U. S. P. mit dem folgenden Wortschwall begründet: ...

Sehr geehrter Herr Reichstagskanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung: ...

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. ...

Der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, ...

Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben, für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. ...

Zur Erläuterung dieses Zieles ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. ...

Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat betretenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Kleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt. ...

Er gibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. ...

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein. ...

Um keinen Verrat an den Arbeitern zu begehen, liefern die Unabhängigen die politische Macht den Rechtsparteien aus! ...

Sie begründen diesen Schritt mit einer Häufung von falschen Voraussetzungen und Unwahrheiten. Wir sprechen zunächst nicht von der bekannten Beurteilung der Koalitionspolitik; die Zukunft wird ja zeigen, ob die Arbeiterklasse unter einer Regierung, wie sie die Unabhängigen haben wollen, besser fahren wird als unter der jetzigen Koalitionsregierung! ...

Es ist aber falsch, daß die Unabhängigen aufgefordert worden sind, mit den bisherigen Koalitionsparteien die bisherige Koalitionspolitik fortzusetzen. Sie konnten ja ihre Bedingungen stellen, sie konnten die Sozialdemokratie in ...

ihrem Bestreben, das Steuer weiter nach links zu drehen, unterstützen. Was konnten sie nicht alles! Aber in Wirklichkeit können sie weiter nichts, als mit großartigen Redensarten die Arbeiterköpfe verwirren und den Kappisten zum Sieg verhelfen!

An der Stärkung der Reaktion soll natürlich nun die Sozialdemokratie schuld sein, die ja an allem schuld ist. In Wirklichkeit wissen die Unabhängigen ganz gut, daß es die sozialdemokratischen Erfolge waren — der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, die hohe Besteuerung des Besitzes — die die bürgerlichen Wähler nach rechts getrieben haben. ...

Das Ueberflüssige zur Stärkung der Reaktion ist aber vom linken Flügel der Unabhängigen getan worden durch ihre Putzsch, durch ihr Spielchen mit dem Volkswort, durch ihre Preisgabe der Demokratie.

Die Unabhängigen erklären auch jetzt, daß sie nur in eine rein sozialistische Regierung eintreten wollen, in der sie die Mehrheit und den bestimmenden Einfluß haben; sie wollen also Deutschland ganz allein regieren, obwohl erst vor sechs Tagen nur 4,8 Millionen Stimmen für sie abgegeben worden sind und 20,4 Millionen Stimmen gegen sie. ...

„Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen!“ zitierte einst der Junker v. Oldenburg-Ramschau. Genau denselben Standpunkt nehmen jetzt die Unabhängigen in ihrem Absehn vor der „formalen Demokratie“ ein. ...

Dank dieser genialen Politik siegt Kapp! Dazu haben wir den Generallärm gemacht, hat jeder einzelne von uns sein Leben in die Schanze geschlagen, damit die Unabhängigen ein Vierteljahr später den Parteien des Kapp-Butschkes die Macht in die Hände spielen!

Nichte sagte: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.“ Das trifft in diesem Falle nicht zu. Aber das deutsche Volk wird jetzt die Regierung bekommen, die die Unabhängigen gewollt haben. ...

Der Unsinns überschlägt sich. Gerade daraus schöpfen wir die Hoffnung auf den Sieg der Vernunft. Sie muß endlich dämmern — sogar bei den Unabhängigen!

Giolittis Auferstehung.

In demselben weltgeschichtlichen Augenblick, in dem in Deutschland durch die Entscheidung des Volkes vom 6. Juni eine Regierungskrise ausbrach, deren Lösung noch gar nicht übersehen werden kann, entstanden in drei anderen europäischen Ländern ebenfalls Kabinettskrisen, die nicht allein für die betroffenen Länder, sondern auch für die gesamte europäische Politik von größter Bedeutung sind. ...

Was aber bei dem italienischen Kabinettswechsel für die deutsche öffentliche Meinung von besonderem Interesse ist, das ist eine ganz eigenartige Ähnlichkeit in den parlamentarischen Verhältnissen der beiden Länder, und die sind es, die die Regierungskrisen in Berlin und in Rom veranlaßt haben. ...

gegeben, welches keine tragfähige Mehrheit ergibt und mit dem sich daher auf die Dauer kaum regieren läßt. Dasselbe parlamentarische Bild war in Italien nach eben Wahlen vom 16. November vorigen Jahres entstanden. ...

Nitti mußte damals, als er schließlich in Ermangelung eines anderen aussichtsreichen Kandidaten wiederum mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, einen Gang nach Canossa antreten, und diejenigen, die ihn loben gestützt hatten, nämlich die Katholiken, in sein Ministerium aufnehmen. ...

folge der fast einmütigen Ablehnung seiner Politik durch sämtliche Fraktionen.

Italien ist eben unter den gegenwärtigen parlamentarischen Machtverhältnissen nicht zu regieren und bietet ein abschreckendes Beispiel dafür, was uns in Deutschland nach den Wahlen vom 6. Juni bevorzuehen mag. ...

Und doch scheint — vorläufig wenigstens — in Italien eine Lösung gefunden zu sein. Das liegt daran, daß es dort einen Mann gibt, dessen überlegende staatsmännische Autorität wie ein Leuchturm blinkt und dem heillos in den auf- und immerpolitischen Stürmen irrenden Staatsschiff den Weg in den ruhigen Hafen zu weisen scheint. ...

Staatsmann, soll Italien aus den gegenwärtigen Wirrnissen retten.

Giolitti hat nun trotz seiner 78 Jahre den Auftrag der Kabinettsbildung angenommen und angeführt der allgemeinen Bewunderung, die in seinem Lande infolge der parlamentarischen Verhältnisse herrscht, darf man wohl als sicher prognostizieren, daß seine Bemühungen erfolgreich sein werden. Sogar die Sozialisten erkennen in ihm den Retter in der Not und scheinen entschlossen zu sein, ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten. Trotz ihres Bekennnisses zur dritten Internationale, trotz aller Sowjetspielerei sind die italienischen Sozialisten doch so vernünftig, einzusehen, daß die Genesung Europas, an der in erster Linie das italienische Proletariat interessiert ist, nicht mit revolutionären Phrasen, sondern nur auf Grund der gegebenen wirtschaftspolitischen Tatsachen zu erhoffen ist. Indem sie dem bürgerlichen Giolitti nicht unfruchtlich gegenüberstehen, geben sie keineswegs ihre programmatischen Forderungen auf, aber sie zeigen vielmehr ein Maß von realpolitischer Vernunft, das man nur allen Sozialisten aller Länder wünschen könnte. Gewiß ist Giolitti ein Symbol, das ihnen dieses Entgegenkommen sehr erleichtert, er ist der Mann, der in den Bahnhofsstationen des Sommers 1915 fast allein unter den bürgerlichen Parteien dem blutdürstigen Imperialismus trotzte und öffentlich für die Beibehaltung der italienischen Neutralität eintrat. Als Verräter und Vöchse" beschimpft, in seinem Leben bedroht, mußte der Dreundsiebzigjährige, der noch in letzter Stunde auf den König einzuwirken versuchte, Rom bei Nacht verlassen, wo die von den Ententebotschaftern Barriere und Knobd behetzten d'Annunzio-Banden das Feld behaupteten. Er zog sich nach seinem Heimatstädtchen Cuneo bei Turin zurück und jahrelang hörte man fast nichts mehr von dem einstigen Ministerpräsidenten.

Italien hat gesiegt, seine Aspirationen sind erfüllt — aber um welchen Preis! Nicht allein die Blutopfer des Volkes sind riesengroß gewesen, auch die wirtschaftliche Not des Landes hat derartige Dimensionen angenommen, daß mit Ausnahme der Solonardo-Gruppe, die in dem Krieg ihr eigenes Werk verteidigte, das ganze Volk jene Männer verflucht, die es in dieses furchtbare Elend gestürzt haben. Das haben bereits die letzten Wahlen gezeigt, bei denen jene zwei Parteien unabweisbar auftraten, die die Kriegspolitik nicht mitgemacht hatten, die Partei Turatis und die Partei Benediktis XV. Um die trostlose Lage des Landes zu beleuchten, genügt es wohl, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die italienische Lire kaum mehr das Doppelte der deutschen Mark wert ist — und dies in einem Lande, das nicht wie das industrielle Deutschland die Hoffnungen einer gewaltigen Zunahme seines Exports beugen kann, sondern fast gänzlich in wirtschaftliche Abhängigkeit der angelsächsischen Welt geraten ist.

Auch der Name Ritti war uns, dem von den Siegern gehegten Bild, zu einem Symbol geworden, zur Verkörperung der staatsmännischen Einsicht, daß es nicht so weiter gehen und daß die Gewaltpolitik nicht zur Genesung, sondern zur gänzlichen Zerstörung Europas führen müsse. Aber wir waren wohl darin die Opfer einer Täuschung: Ritti machte sich als gewandter Politiker nur zum Sprachrohr der Stimmung seines Landes, er, der ehemalige Interventionist, hatte sich den vorherrschenden Strömungen angepaßt. Giolitti dagegen kann mit Recht als ein Symbol gelten, und es erscheint als selbstverständlich, daß die italienischen Sozialisten, die sich weigerten, Ritti zu unterstützen, für Giolitti eine Ausnahme machen. Damit dienen sie nicht allein der Arbeiterklasse ihres Landes, sondern auch dem großen Ziel, das einem jeden Sozialisten als die wichtigste Aufgabe der Gegenwart erscheinen sollte: der Herbeiführung eines wirklichen, dauerhaften Friedens in Europa. Friedensfreunde aller Länder, wartet Euch um den neuen Ministerpräsidenten Italiens! Allein seine Vergangenheit ist ein Programm — allein sein Name eine Hoffnung!

Die Entente als Wahlhelfer.

Neuherlich erscheint der Ausfall der deutschen Reichstagswahlen als eine reine deutsche Angelegenheit und die Propaganda der konservativ-nationalliberalen Bundesbrüder hat sich ja auch fast ausschließlich auf diesem Boden bewegt. Den Hefferrich-Schwinkel vom „zweiten Frieden“ muß man schon als eine Ausnahme abrechnen.

Wir Sozialdemokraten haben freilich immer wieder darauf hinweisen müssen, daß das deutsche Elend, das man der Koalitionsregierung in die Schuhe schob, letzten Endes dem Weltkrieg und dem daraus entsprossenen Versailles Frieden zu danken ist. Der Ertrinkende fragt aber nicht danach, warum er ins Wasser gefallen ist, sondern wer ihm eine Rettungsleine zeigt. Und so griff der ertrinkende Deutsche nach rechts und links. Es wird sich zeigen, daß er in beiden Fällen — Strohhalm erwischt. Solange das Verhältnis zwischen den Alliierten und dem deutschen Volk nicht ein anderes wird, ist an eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens nicht zu denken. Pressestimmen, die in den letzten Tagen aus dem Auslande, insbesondere aus England, hierherkamen, bestätigten das durchaus. Die durchaus liberale Londoner „Daily News“ schreibt:

Der Wühlstein um den Hals der bisherigen Regierung ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Tatsache ist, daß die Regierung dafür nur wenig Verantwortlichkeit trifft. Eine viel größere tragen die alliierten Mächte. Aber trotzdem hat die Regierung die ganze Last zu schleppen und niemand glaubt in Deutschland, daß die Lage schlechter sein könnte, als sie ist, und deswegen hat in Deutschland jeder gute Ausblick, der behauptet, man könne sie besser machen. Deswegen muß das bisherige Ministerium sehen, wie seine Anhänger, die die Volkswirtschaften fürchten, zu den Nationalisten flüchten und zur Volkspartei, und wie die, die einen neuen reaktionären Anschlag erwarten, nach weiter nach links gehen. Die Kommunisten haben schlecht abgeschnitten. Deutschland wird nicht bolschewistisch, außer rein durch Verzweiflung.

Noch deutlicher wird die Situation durch folgende Ausführungen der „Daily News“ beleuchtet:

Selbst wenn große Staatsmänner am Werke wären, würde dies wenig nützen, falls die alliierte Politik bleibt, was sie bisher gewesen ist: Ein mit Sicherheit arbeitender Hebel für die Zerkleinerung Deutschlands. Heute hört man, daß die Spaltenzerren wieder verschoben ist. Dadurch kann das neue Ministerium Zeit gewinnen, um seinen Fuß zu fassen. Aber gleichzeitig wird auch die lähmende Ungewißheit vergrößert, die der Hoffnungslosigkeit der deutschen Nation zugrunde liegt. Die Alliierten sollen nur unmaßvolle Forderungen in Spa aufstellen, wie das täglich von Frankreich geschieht. Dann muß überhaupt jede deutsche Regierung innerhalb eines Tages zugrunde gehen, denn es bleiben dann nur der Ruin und die Barrikade.

Ob diese wenigen einsichtigen Stimmen dem Chor der Chauvinistenpresse gegenüber sich Gehör zu verschaffen imstande sein werden, kann man bezweifeln. In jedem Fall: ist das eine Klar: An dem Wahlergebnis des 6. Juni haben weder die „Sieger“ in Deutschland rechte Freude, noch werden die Nachhaber der Entente eine solche empfinden. Diese Enttäuschungen könnte man ihnen recht von Herzen gönnen, wenn nicht letzten Endes Deutschland selbst am schwersten durch das von Blut und Erbitterung, nicht aber von Einsicht sprechende Wahlergebnis getroffen worden wäre.

Der Umfall der „Freiheit“.

Es war nur ein Spaß!

Aus dem Schreiben Crispians, das wir an leitender Stelle abdrucken, geht schon hervor, daß die „Freiheit“ ihren vernünftigen Standpunkt in der Frage der Regierungsbildung nicht mehr aufrecht zu erhalten imstande ist. Sie erklärt jetzt zu den Bedingungen, die sie für den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung gestellt hat, das folgende:

heit, die Erlösung heißen. Und der Weg ist, daß sich der Mensch auf sich selbst bezieht, auf sein Herz hört, in dem Lobes und der Bruder liebt. Diese Jugend hat blutend und des Todes gewiß das Kreuz des Leidens getragen, hat gekämpft und mitschreit, der Qual und Schande getroffen, um nunmehr, geladen von der Sehnsucht nach Errettung, die Verdrängtheit der Menschheit zu feiern. Das Chaos unserer Epoche verlangt gebieterisch die Erneuerung des Weltgedankens, die Wiedergeburt des Geistigen, die Errettung durch den, der gerettet werden soll, nach Rettung verlangt. Der Mensch soll hervortreten, auf daß in der Menschlichen Welt, Berrat einst wieder leuchte die gute Tat und die Sonne, die auf Gute und Böse scheint, durch soviel Ströme der Welt geweiht, gepulst durch unser aller Schlag, einst wieder strahle dem gerechten Tag.“

Dem Buch sind die Porträts der Dichter nach Zeichnungen von Kofolska, Reibner u. a. beigegeben. Oft an karitative Preisgeld, lassen sie doch lebenswahr und eht die Eigenart des Dichters erkennen. Selbstbiographien tragen zum Verständnis des Dichters wesentlich bei. René Schödele sagt da: „Der Mensch, bisher der traurigste der Tiere, hat seine Lage erkannt, und nichts wird ihn hindern, für seine Befreiung einen Auf zu tun, wie die Geschichte noch keinen vermerkt hat.“

Auswandererschiff. In dem Hause der Heilsarmee in Hamburg haben 92 Auswanderer aus Geisenbüchsen in Westfalen: Männer, Frauen und Kinder, seit einigen Tagen ein Obdach gefunden, die ihre alte Heimat verloren haben und ihre neue, Brasilien, nicht erreichen können. Sie hatten im Dezember von dem Angebot der brasilianischen Regierung, 8000 landwirtschaftliche Arbeiter kostenlos nach Brasilien zu befördern, gelesen, und sich bei dem Generalkonsulat von Brasilien in Amsterdam um die Freifahrt bedorren. Als sie die Pässe des Generalkonsulats in den Händen hatten und ihrem Vertrauensmann auch die Aufgabe der Beförderung gegeben worden war, da haben sie im Geiste schon die neue deutsche Kolonie ersehen. Nur eines hatten sie nicht, die bestimmte Anweisung auf einen bestimmten Dampfer. Ihre Möbel hatten sie verkauft, ihre Wohnungen waren schon an andere vermietet, ihre Lage drängte zur Entscheidung. Also beschlossen sie mit dem Anfang Mai in Hamburg eingetroffenen brasilianischen Dampfer Cubaba zu fahren und reisten kurz angeschlossen von Geisenbüchsen nach Hamburg. Welcher Schreck, als sie dort hörten, daß die Cubaba wegen größerer Reparaturen im Dock liegt und daß sie keinerlei Anspruch auf Beförderung mit diesem Dampfer hätten!

In ihrer Not wandten sie sich an den brasilianischen Generalkonsul und an die deutschen Auswandererstellen. Ueberall hatte man auch völliges Verständnis für ihre verzwiefelte Lage, aber einen Dampfer nach Brasilien für sie herbeizubringen konnte man nicht. Nicht einmal Unterstützung hatten die Männer und Frauen aus dem Land der roten Erde; sie waren dankbar, als sie schließlich von der Heilsarmee aufgenommen wurden. Um das Unglück voll zu machen, war auch noch ihr Eisenbahnwagen erbrochen und ihrer Wäsche, Gebrauchsgüter, ihres Handwerkszeuges beraubt worden! Allen Erntes probt ihnen das Schicksal, wieder nach Westfalen abgeschoben zu werden, denn die Arbeit der Erwerbslosen ist in Hamburg schon groß genug. Nach Westfalen aber zu-

Wir haben diese Befehlenden Forderungen nur deshalb wiederholt, um an einem deutlichen Beispiel zu zeigen, daß weder irgendeine bürgerliche Partei noch die Rechtssozialisten bisher gewillt waren, sie zu erfüllen, und daß man deshalb erst recht nicht erwarten dürfe, daß die Verwirklichung des Sozialismus von einer solchen Koalition erwartet werden könnte. Die von uns wiedergegebenen Uebergangsforderungen hatten in den Kapp-Tagen, hatten damals, als unsere Partei ihr Wahlprogramm aufstellte, ihre Bedeutung. Inzwischen sind diese Forderungen überholt. Die Forderungen unserer Partei, die demnächst die tatsächlichen Richtlinien für die Zukunft aufzustellen haben, werden sich ohne Zweifel nicht mit solchen Forderungen der Vergangenheit, die einer bestimmten Situation angepaßt waren, begnügen lassen, sondern, von der Grundlage des Aktionsprogramms ausgehend, unsere Forderungen zur Verwirklichung des Sozialismus formulieren.

„Die Forderungen der Partei“ haben ihr Nachwort gesprochen, und die Freiheit ist „revolutionär“ zu Kreuze getrodren. Arme Freiheit!“

Stresemann wird Republikaner!

Erklärung der „Kölnischen Zeitung“.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen aus Berlin datierten Artikel, der für eine „Regierung der Köpfe“ aus allen Parteien eintritt. Es wird in diesem Artikel immer noch der Versuch gemacht, zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie zu fleistern, und zu diesem Zweck wird folgende Erklärung abgegeben:

Voraussetzung dafür ist, daß beide Teile sich ungewollt und ehrlich auf den Boden der Verfassung, der Republik und der Demokratie stellen. Eine Partei rechts oder links, die diese Voraussetzung nicht reiflos anerkennt, schießt sich damit von vornherein von der Gemeindefachheit aus. Das Anerkenntnis der republikanischen Staatsform verbietet nicht nur jede monarchische Propaganda, sondern auch alle Spielereien und Koketterien mit dem monarchischen Gedanken, die man auf der Rechten vielfach noch findet. Das Bekenntnis zur Demokratie verbietet alle Versuche, anders als auf verfassungsmäßigem Wege gesetzliche oder verfassungsrechtliche Änderungen zu erstreben. Es verlangt den Verzicht auf Fische aller Art und auf jede Gestalt einer Diktatur, möge sie durch einzelne Persönlichkeiten oder durch ein Räteystem, durch Militär oder eine proletarische Minderheit ausgeübt werden.

Stresemann wird also Republikaner! Ja, was kann man nicht alles werden, wenn man etwas werden will!

Die „Köln. Zig.“ wird selbst wissen, daß solche Beteuerungen nach dem Kapp-Putsch für die Sozialdemokratie zu spät kommen. Es ist daher anzunehmen, daß ihre Erklärung eigentlich mehr als an sie an die Demokraten gerichtet ist, nach denen der politische Stinneskongern fehnfüchtig seine Rollenpartie ausstreckt. Der Ankauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit dem Auftrag an sie, nunmehr eine rechts gerichtete Politik innerhalb der demokratischen Partei zu treiben, gibt schon ein Bild der großartigen Absichten, die da verfolgt werden.

Braunschweig.

Die „Demokraten“ haben sich der gegen die Volksmehrheit gerichteten Diktatur der offenen Reaktionäre angeschlossen. Die Wahl der Landesregierung ist wegen abermaliger Beschlußunfähigkeit der Landesversammlung auf den 15. Juni vertagt worden.

Flucht aus der Stinnespartei. Der Geheimrevisor und Regierungsrat Dr. Wilhelm Alter, Direktor der Lippischen Heil- und Pflegeanstalt Lindenau bei Brale, hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt und seinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei erklärt. Er gehörte bis zum Herbst 1919 der — Deutschen Volkspartei an.

Der preussische Verfassungsausschuß wird umheirat durch die politische Lage seine Beratungen am nächsten Dienstag aufnehmen.

rückzuführen, ohne Wohnung im überfüllten Industriebezirk, ohne Möbel, ohne Stellung, dagegen iraden sie sich mit aller Macht. Und doch sind sie nicht Herren ihres Schicksals. So sind sie zur Stunde dem Ungewissen preisgegeben und den „schändlichen Inzungen“!

Wäre das traurige Schicksal der Weisalen allen Auswanderungslustigen zur Warnung dienen, daß sie niemals einen Schritt ins Ungewisse tun!

„Der gute Mensch“ und „Gartlein“. Hans Reimann und Hans Rationel haben sich durch den Frankfurter Wühlerfolg ihres Stückes „Hugos Hochzeit“ nicht entmutigen lassen, sondern die 4 Akte in einen zusammengefaßten und diesem einen neuen Titel aufgepappt. Im Leipziger Schauspielhaus fand die Uraufführung statt. Es kommt auch diesmal freilich nicht viel mehr als eine Summe positiver Situationen zustande; Epichors Leid und Freud, Käthe Märkch und der Ständesbeamte Wendelin haben sich ordnungsmäßig wollen trauen lassen. Aber sie führen negativen Erfolges ins Elternhaus der Braut zurück: die Beamten streifen, trotzdem: das Hochzeitsmahl ist hergerichtet. Also wird Hochzeit gefeiert. Wie sie gefeiert wird, das macht den wahren Inhalt des Stückes aus.

Auch der „Gartlein“ besitzt nicht das Maßmaß einer tragenden Idee, aber er überflutet sich in einer Fülle von Seltsamkeiten und plötzlichen Geschehnissen, die niemals Langeweile, wenn auch zuweilen den Gedanken aufkommen lassen, daß diese „drei Akte“, wie die Verfasser ihr Stück nennen, besser auf eine literarische Kabarett- als auf eine Schauspielbühne passen. Es geschehen tolle Dinge in diesem Pseudo-Webedunk. Eine Gattin betragt ihren Mann. Der ertrappte Betrag bringt es dahin, daß der Legitime ins Irrenhaus kommt. Dann gründet er mit dem literarischen Nachah der Betrogenen eine Literaturzeitschrift mit im Affordeln arbeitenden Expressionistenjünglingen und so. Schließlich freigt er aber die Literatur und die Weiber bis oben auf die und geht an Stelle des Betrogenen ins Irrenhaus. Konnot: Die Karrenhäusler sind die Vernünftigen. Wir mit unserer Poh und unserer Unstetigkeit sind die Verirrten.

Die deutsche Zentralstelle für Erdbedenforschung, die sich seit ihrer Verdringung in Ströburg befand, hat infolge des Verlustes von Elsch-Dröbringen einen neuen Sitz suchen müssen. Seit dem Mai des vorigen Jahres ist sie nach Jena (Elerwart) verlegt; sie hofft, wie früher, auch jetzt wieder auf rege Unterstützung durch die weitesten Bevölkerungsteile mittels Sammeln und Aufwendung von Erdbedennachrichten. Erwünscht ist zunächst die Beobachtung jedes Erdbedenens, auch der schwächsten Erschütterung, nach Ort, Zeit und sämtlichen irgendwie wahrnehmbaren Wirkungen. Auch Aufschmitts aus den Beobachtungen sind von Wert.

Theater. Am Ballertheater kommen am Sonnabend „Die lustigen Weiber von Windsor“ und Sonntag „Cavalleria rusticana“ und „Bohème“ zur Aufführung. — Am Deutschen Opernhaus geht als letzte Reueinwanderung dieser Spielzeit noch in diesem Monat Ostwald „Prinzessin von Teppan“ in Szene.

Das 4. Stadt. Volkstheater des Hildener-Orchesters findet am Dienstag den 15. abends 7½ Uhr, in der Brauerei Königsplatz, Schützenallee 1011, unter Leitung von Paul Schönpflug statt. Karten im „Vorwärts“ und an der Abendkasse.

Menschheitsdämmerung.

Als Wilhelm Krent in den achtziger Jahren seine Sammlung jüngstdeutscher Dichtung herausgab, versprach Karl Henckell im Vorwort „eine Poesie, also auch eine Lyrik zu geben, die, durchdringt von dem Lebensstrom der Zeit und der Nation, ein charakteristisch verkörpertes Abbild alles Leidens, Sehnsucht, Strebens und Kampfes unserer Epoche darstellt“ und die „ein prophetischer Gesang und ein jauchzender Morgenwecker der steigenden und befreitenden Zukunft“ sein soll. Viele aus dieser Sammlung kennen wir heute nur noch dem Namen nach, und andere sind überhaupt längst vergessen. Heute tritt eine neue Generation auf, die damals gerade geboren wurde, die aber mit uns unter dem furchterlichsten Erleben gefestigt und nun mit der reuakulierten Menschheit um Erlösung ringt. Ihr Sinn ist nicht mehr, der Poesie neue Wege zu weisen, der Nation eine neue Lyrik zu geben, sie wollen eine neue Geistigkeit, deren Trübene die ganze Welt ist, die getragen ist von dem Pulsschlag der gesamten Menschheit.

In der „Menschheitsdämmerung“ (Ernst Rowohlt Verlag, Berlin, Kappband 12 R.), einer „Symphonie jüngster Dichtung“, hat Kurt Pinthus die Träger dieses Weltgedankens versammelt. Zwar klingt es den obigen Worten Henckells sehr verwardt, wenn auch er sagt: „Es ist Sammlung! Sammlung der Geschütterungen, Sammlung von Sehnsucht, Glück und Qual einer Epoche — unserer Epoche.“ Doch es soll mehr sein, nicht nur eine Dichtung der Leiden, der Unterdrückten, nicht nur Schrei gequälter Herzen, sondern „Projektion menschlicher Bewegung aus der Zeit in die Zeit“, es soll zeigen „die wachsende, chaotische, beständige Totalität unserer Zeit“, ein Dokument der gewaltig nach Verteilung aus dem Chaos drängenden Menschheit. Wilhelm Krent in steht unsere Zeit so: „Du aber stehst am Wege rotes und links furchtlos vor Qual des Wahnsinns Abgrund weinen.“ Wandler kommt noch nicht aus der bloßen Elendmalerei heraus und häuft Entsetzungsdiere der Verzweiflung. Es gelmat nicht immer, wegwiegend die Sturmzeichen der Zeit zu deuten. Wandler bemüht sich kampfsbar, den Erschütterungen machtvollen Ausdruck zu verleihen; die alten Worte und Formen scheinen ihm zu arm, zu oberflächlich und abgebraucht. Aber das Ganze ist durchstoß von der Wildheit der Epoche, die das Abstreifen der alten Weltordnung verlangt, oft grotesk und bizzar wie das uns umgebende Chaos, das uns quält und heimt. Willweisen auch manieriert, so, wenn nach dem Willen des Dichters alle Satzzeichen fehlen, bis auf einmal ein Ausrufungszeichen dazwischen brüllt. Das sieht nach Woche aus.

Der Gedankener aber sagt selbst, daß vieles nicht zur großen Dichtung zu zählen ist, keinen Bestand haben wird. Aber die er bereinigte, haben nicht den Ehrgeiz, weder mit ihrer Dichtung, noch mit ihrem Namen ihre Zeit zu überdauern. Ihnen kommt es auf den „Rebalkismus des Gefühls, der Gefinnung, des Ausdrucks, der Form“ an, sie stehen in dem Zwange „zum Kampf gegen die Menschheit der zu Ende gehenden Epoche und zur selbständigen Vorbereitung und Förderung neuer, besserer Menschheit“. Es sind keine Revolutionsdichtungen, wie sie auch nicht in der Revolution entstanden sind, es sind Revolutionsdichtungen der reuakulierten Mensch-

Die Reichsschulkonferenz.

Schulbau und Einheitschule.

Nach den Protesten, die die Abgeordneten Rumm und Marx als Vertreter der Reaktion auf der Reichsschulkonferenz erhoben und die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt haben, gibt

Reichsminister des Innern nach seinem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck, daß es einigen Gruppen überhaupt notwendig erscheinen sei, solche Erklärungen abzugeben. Die Zusammenfassung der Ausschüsse sei nach bestem Wissen und Gewissen paritätisch erfolgt. Sehr geschickt gab er den Dingen der Reaktion dann zurück, indem er erklärte, daß die Zeiten jetzt vorbei seien, wo man versuchte, eine bestimmte Richtung nicht zu Worte kommen zu lassen, und daß es allerdings bedauerlich sei, daß die Tagung

infolge des Rapp-Putschs

habe verschoben werden müssen. Die Konferenz könne sich getrost seiner Leitung anvertrauen, es werde ihm gelingen, Gerechtigkeit nach beiden Seiten hin zu üben.

Oberstudientrat Dr. Kerchensteiner-München erläuterte als erster Referent, ausgehend von dem Begriff der Bildung, seine der Konferenz vorgelegten Vorschläge. Sein Plan der Einheitschule sieht eine reiche Gliederung für großstädtische Verhältnisse vor. Er will die Schüler nach Abschluß des 10. und nach dem 14. Lebensjahre auf die einzelnen Schulzweige verteilen. Daneben aber tritt er namentlich für kleinstädtische und ländliche Verhältnisse für Zweigabteilungen. Versuchsabschlüsse und Wahlfreiheit des Unterrichts („simultane Differenzierung“) ein.

Den ruhigen und sachlichen Ausführungen des ersten Referenten folgte Professor Dr. Binder-Stuttgart als Vertreter der akademisch gebildeten Lehrer. Gleich zu Beginn betonte er die Bedenken, die seine Gesinnungsfreunde gegen die Reichsschulkonferenz überhaupt hätten, gab aber die nicht ganz gewöhnliche Erklärung ab, daß seine Freunde sich trotzdem bewußt

auf den Boden der Tatsachen,

d. h. in diesem Maße auf den Boden der Konferenz stellten und bereit seien, positive Arbeit zu leisten. Seine Polemik gegen das Grundschulgesetz, das mit seiner vierjährigen Grundschule schon zu weit ginge, kennzeichnete weiter seine Stellung und rief bereits den lebhaften Widerspruch der Mehrzahl der Konferenzteilnehmer hervor. Ein Zeichen für die beginnende Verknüpfung unserer Bildung glaubte er in dem Dilettantismus zu sehen, der sich in den regierenden Stellen breit mache. Die geplante Schulreform werde das geistige Niveau in Deutschland weiter betabücken. (Stürmischer Widerspruch links und Zustimmung rechts.) Der Vertreter des Deutschen Lehrervereins (Zew) machte sich ein Urteil an über die Bildungsarbeit des einen Teils der Lehrerschaft, für deren Beurteilung ihm offenbar die Voraussetzungen fehlten. Hier fehlte der bereits angekündigte stürmische Widerspruch der Versammlung mit Rissen, Schlußrufen usw. ein, der den Referenten lange Zeit am Weiterreden verhinderte. Zum Schluß wandte sich der Referent gegen die entschiedenen Schulreformer, deren idealer Gesinnung und hartem Hartgefühl niemand die Achtung versagen werde, deren Vorschläge sich aber nicht zum Prinzip einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit eigneten. (Starkes Zischen, Beifall und wiederholtes Zischen.)

Es folgte als dritter Referent Direktor Dr. Karzen vom Bunde der entschiedenen Schulreformer. Er erklärte einseitig, daß er genau das Gegenteil von dem zu sagen habe, was sein Korredner ausgesprochen habe. (Stürmischer Beifall.) Er wandte sich dann in scharfen Ausführungen gegen die Befürworter

Bewertung der Klassenrichtung

unserer Bildungswesen. Auch bei der von Kerchensteiner vorgelegten Abfassung käme die Einzelbegabung zu kurz. Das Ziel jeder Erziehung sei der Lebendige, schöpferische Mensch. Deshalb sei eine weitestgehende innere Differenzierung und die völlige Umgestaltung unserer bisherigen Vernschule erforderlich. An die Stelle des Klassenunterrichtes muß die Arbeits- und Lebensgemeinschaft treten. Im einzelnen tritt der Referent für einen fakultativen Kindergarten bis zum vollendeten siebenten Jahre, für eine durchschnittlich vierjährige Grundschule und für deren Fortsetzung in Form einer gebundenen Minimalchule

mit drei- bis fünfjährigem Pflichtunterricht und nebenhergehenden freien Arbeitsgemeinschaften ein. Seinen Ausführungen folgte ostentativ linker Beifall auf der Linken.

Als Unterstaatssekretär Schulz dem nachträglich berufenen Referenten des Deutschen Lehrervereins Zew das Wort erteilt, legt Direktor Wellmann namens der akademisch gebildeten Lehrer Protest ein gegen die Zulassung dieses neuen Referenten. (Lebhafte Bewegung.) Unterstaatssekretär Schulz erwidert, daß die Reichsregierung Wert darauf gelegt habe, auch

einen Vertreter des Volksschulwesens

in dieser Frage zu Worte kommen zu lassen, und bittet, von Geschäftsordnungsdebatten abzusehen. Zew erläutert dann den bekannten Organisationsentwurf, der eine sechsjährige Grundschule fordert.

Als letzter Referent sprach Vizepräsident Dr. Vogt-Köln für die Konfessionalität der Volksschule, während eine konfessionelle höhere Schule nicht organisierbar sei. Für die Mädchenschule habe sich der dreijährige Unterbau und ein siebenjähriger Aufbau bewährt. Leider habe die Reichsschulgesetzgebung störend in diese Entwicklung eingegriffen. (Widerpruch und Beifall.)

Es beginnt die Diskussion. Da sich nicht weniger als

78 Diskussionsredner

zu diesem ersten Punkt der Tagesordnung zum Wort gemeldet haben, so hat eine paritätisch zusammengesetzte Kommission der Konferenz eine Auslese der besten Wortführer vorgenommen. Die Konferenz erklärt sich mit dieser Auswahl einverstanden. Minister Koch richtet die dringende Bitte an die Redner, möglichst jeden persönlichen Angriff zu unterlassen.

Stadtschulrat Siedinger-Mannheim: Die Volksschule darf sich nicht nach den Aufgaben der jetzigen höheren Schule richten. Wir müssen eine Verengung der Kinderseele verhindern. Neben den Hilfsklassen für Schwachbegabte müssen Förderklassen für Normale und für Hochbegabte eingerichtet werden. An die Stelle der äußerlichen Differenzierung muß eine Differenzierung nach inneren Gesichtspunkten treten.

Professor Rausbach-Münster: Religion und Sittlichkeit als Ausdruck des Volkstums müssen sich mit dem bürgerlichen Gemeinwesen vereinigen.

Rektor Wigge-Artern: Die Männer, die uns

in den Weltkrieg hineingeführt

und die seinen unglücklichen Ausgang verschuldet haben, waren durch die höheren Schulen gegangen. Die Kenntnisse der fremden Sprachen, die diese Schulen bisher vermittelten, sind kümmerlich geblieben. In einer Lokomotive steckt mehr logisches Denken als im Cicero. Unser Schulwesen hat eine tiefe Kluft zwischen den Klassen unseres Volkes geschaffen. Die Weltfremdheit der höheren Stände fordert ein gemeinsames Erleben und Erfahren schon in der Schule.

Professor Lehrend-Berlin tritt für die dreijährige Grundschule, gegen eine Herabsetzung der Pflichtschuljahre und gegen neue Umrichtungsarbeiten ein. Den Oberlehrern wird Ständehöflichkeit vorgeworfen, aber die Volksschullehrer wünschen Universitätsbildung. Auch die Entwicklung der Technik hängt von der Intelligenz ab.

Professor Oestrich-Berlin lehnt die „wissenschaftliche Bildung“ der „höheren“ Schule ab. Sie schafft nur unlebendige, lebensfremde und unrichtige Menschen mit Klassenhochmut. Hoffentlich wird bald die Mangierung der Decrete nach dem Einkommen aufhören, damit jeder sich zu seinem Glück auf Land, oder Kopfarbeit oder beide einstellen kann. Die von den Philologen geforderte Grundschule der Begabten ist eine

Kapitalistische Bevorzugungsschule.

Es ist ein Irrglaube der Philologen, daß ein bestimmter Wissensschatz Vorbedingung oder Charakteristikum der Bildung sei. Nur die elastische innerlich differenzierte Einheitsvolksschule, die alle höheren Schulen in sich schließt, kann zur Volkseinheit und in ein neues Deutschland führen.

Dr. Hoffmeister-Dresden: Die vierjährige Grundschule bildet die mittlere Linie. Deutscher Unterricht muß auf allen höheren Schulen im Mittelpunkt stehen.

Geheimrat Cauer-Münster: Unser armes Volk kann nicht

jedem Kind das Recht auf die bestmögliche Erziehung sichern. Wir übersehen jetzt die körperliche Arbeit, wie früher die geistige. Die neue Freiheit ist Schematismus, weil jeder mit ihr beglückt werden soll.

Frau Direktor Köcher-München: Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ist nur ein Notbehelf, kein Ideal. Unterstaatssekretär Schulz erklärt, daß er der Anregung, einen besonderen Ausschuß für das Mädchenschulwesen auf der Konferenz zu bilden, Folge leisten werde.

Professor Rein-Jena: Dem Reichtum unserer Bildung fehle der innere Zusammenhang. Form und Inhalt müssen genauer auseinandergehalten werden. Wir können uns auf einer mittleren Linie einigen. Das Mannheimer System können wir als Muster gültig übernehmen.

Schulrektor Boorholt-Kaden spricht für die höheren Schulen auf dem flachen Lande. Wir leiden darunter, daß wir nur Großstadtkultur kennen.

Lehrer Arzt-Dresden: Wer die dreijährige Grundschule erhalten will, vertritt die Kultur einer untergegangenen und untergehenden Schicht. Wir wollen eine

gemeinsame Erziehung des gesamten Volkes.

Die produktiven Kräfte kommen auf der jetzigen Schule nicht zu ihrem Recht.

Hauptlehrer Rohde: Bei der jetzigen Schulreform muß vor allem eine Hebung der Volksschule, nicht der höheren Schule herankommen.

Dr. Weynen: Die Frage der Einheitschule ist eine lebendig politische Frage. Das

böse Gewissen der herrschenden Klassen

läßt sich nicht länger dämpfen. Wir scheiden uns von der bisherigen Pädagogik da, wo der Sinn für die Jugend beginnt. Die Verächter des alten Gymnasiums sollen der Jugend selbst erst einmal etwas von Griechenschönheit geben. Die eigentlich produktive Arbeit für die Schulreform muß in Versuch- oder Musterchulen geleistet werden.

Oberkonsistorialpräsident Dr. Witt: Wir sehnen uns nicht nach der

geistlichen Schulaufsicht

zurück. (Zuruf: Saure Trauben!) Aber die Religion steht unter den Bildungsfaktoren obenan.

Rektor Gottwalt: Die katholische Schule muß auf dem Grunde weiterbauen, den das katholische Haus gelegt hat.

Lehrer Dr. Gierl-München: Ich bekenne mich als religiöser Kommunist. Es kommt jetzt nicht auf Innendefinitionen, sondern auf neue Grundlagen und Fundamente an. Wenn die Fundamente nicht mehr feststehen, müssen wir auf die mittlere Linie verzichten und versuchen, die neue Linie zu finden. Es geht um die elementare Menschlichkeit, deren Trägerin jene Schicht ist, die bisher dieses Sehnen nach Menschlichkeit in sich verkörperte. Der konservative de Lagarde hat gesagt: „Neber Deutschland liegt ein elchastter Schleim von

Bildungsbarbarei,

der es zu einer Strafe macht, in Deutschland leben zu müssen.“ (Zuruf: Aussternern!) Mit frivolsten Wippen lindern Sie nicht die geistige Not unseres Volkes.

Direktor Volk-Berlin: Das gewerbliche Schulwesen kommt auf der Reichsschulkonferenz zu kurz. Die Fortbildungs- oder Lebensschule ist schon jetzt dazu berufen, eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft zu werden.

Hierauf wird die Diskussion um 4 Uhr vorläufig abgebrochen. Fortsetzung Sonnabend früh 8 1/2 Uhr.

Die Wirtschaftsgemeinschaft Groß-Berlin.

Abgesehen von der verhältnismäßig kleinen Zahl von ehrenamtlich tätigen Mitbürgern, die doch mit diesem oder jenem Teil der städtischen Verwaltung in engerer Fühlung stehen, hat die Berliner Bevölkerung gar keine richtige Vorstellung von dem Riesenumfang unserer städtischen Verwaltung. Wer einmal im Fernsprecheverzeichnis den Magistrat Berlin anschlägt, oder die Personalnachweisung (das rote Buch) in die Hand nimmt, der wird erstaunt

sondern verbeugte sich und sagte: „Geißler hatte unter irgend einem Vorwand sein Taschenbuch herausgeholt und ließ sehen, wie es von Banknoten strotzte.“ „Könnt Ihr mir nicht helfen, Herr Schultheiß?“ sagte Brede. — „Geh heim und grabe dein Moor um!“ jagte Geißler und half ihm nicht die Spur. — „Ich hätte gut einen ganzen Schubkarren voll Steine mitbringen können, aber wäre es denn nicht viel besser gewesen, die Herren hätten die Berge selbst gesehen, da sie nun doch einmal hier waren?“ — Geißler tat, als höre er nicht, was Brede sagte, sondern fragte Jaf: „Hast du nicht gesehen, was ich mit dem Dokument gemacht habe? Es war äußerst wichtig, viele tausend Kronen wert. Ach, da ist es, mitten zwischen den Banknoten.“ — „Was waren denn das für Leute, haben sie nur einen Ausflug zu Pferd gemacht?“ fragte Brede.

Geißler war wohl vorher in großer Spannung gewesen, jetzt fiel er merklich ab. Aber er hatte doch noch Lust und Leben genug, nun noch allerlei auszurichten. Sideri sollte mit ihm auf den Berg, Geißler hatte ein großes Stück Papier bei sich, da zeichnete er die Grenze auf der Südseite des Wassers deutlich darauf ein. — Was er wohl für einen Gedanken dabei hatte! Als er ein paar Stunden später wieder auf den Hof zurückkam, war Brede noch da, aber Geißler beantwortete keine einzige von seinen Fragen, sondern war müde und winkte ihm nur mit der Hand ab.

Er schlief ununterbrochen bis zum nächsten Morgen, da stand er mit der Sonne auf und war wieder ganz frisch. „Sollanraa!“ sagte er, als er auf dem Hofplatz stand und weit umherblickte.

„Al das Geld, das ich bekommen habe, soll denn das mir gehören?“ fragte Jaf.

„Was du sagst!“ erwiderte Geißler. „Versteht du denn nicht, daß du mehr hättest haben sollen? Und eigentlich hättest du sie noch unierem Kontrakt von mir haben sollen, aber wie du gesehen hast, ließ sich das nicht machen. Wieviel hast du bekommen? Nach alter Rechnung nur tausend Taler. Ich denke eben darüber nach, daß du noch ein Pferd für den Hof haben mußt.“ — „Ja.“ — „Ich weiß dir ein Pferd. Der jetzige Gerichtshof bei Schultheiß Seyerdahl läßt seinen Hof verfallen, das herumreifen und die Leute anzupfänden ist ihm unterhaltender. Er hat schon einen Teil seines Viehstandes verkauft, jetzt will er auch seinen Gaul los sein.“

(Fortf. folgt.)

53]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

War es so, daß Frau Geißlers Brüder und Verwandte ihren Mann abfinden, sich vielleicht mit einem Schlag von seinen Besuchen befreien und die widerwärtige Verwandtschaft los werden wollten? Nun war ja der Kuberberg wahrscheinlich nicht wertlos, das wurde von keinem behauptet, aber er war sehr abgelegen, die Herren jagten geradezu, sie kauften ihn jetzt, um ihn weiter zu verhandeln an Leute, die viel leichter eine Grube in Betrieb setzen und ausbauen könnten als sie. Darin lag nichts Unnatürliches. Sie jagten auch offen, sie wüßten nicht, wieviel der Berg eintragen könnte; wenn eine Grube eröffnet würde, seien vielleicht dreißigtausend Kronen keine Bezahlung; wenn aber der Berg so liegen bleibe, wie er jetzt sei, dann sei es hinausgeworfen's Geld. Aber jedenfalls wollten sie reinen Tisch machen, und deshalb böten sie Jaf fünfhundert Kronen für seinen Anteil.

„Ich bin Jafs Bevollmächtigter.“ sagte Geißler „und ich verkaufe sein Recht nicht unter zehn Prozent der Kaufsumme.“

„Viertausend!“ saaten die Herren.

„Viertausend!“ beharrte Geißler. „Der Berg ist Jafs Eigentum gewesen, er erhält viertausend. Mir hat er nicht gehört, ich bekomme dreißigtausend. Wollen sich die Herren wohl die Mühe nehmen und das bedenken.“

„Ja, aber viertausend!“

Geißler stand auf und sagte: „Jawohl, aber gar kein Verkauf.“

Sie überlegten, tuschelten miteinander und gingen auf den Hofplatz hinaus, zogen die Sache in die Länge. „Richtet die Pferde!“ riefen sie dann den Dienern zu. Einer der Herren ging zu Jager hinein, bezahlte fürfürlich für den Kaffee, einige Eier und das Nachtquartier. Geißler ging anscheinend gleichgültig umher, aber er war noch ebenso machsam: „Wie ist es mit der Wasserleitung im vorigen Jahr gegangen?“ fragte er Sideri. — „Sie hat uns die ganze Ernte gerettet.“ — „Ach, ich habe den Sumpf dort ungerodet, seit ich das letztemal hier war.“ — „Ja.“ — „Ihr müßt euch noch ein Pferd anschaffen.“ sagte Geißler. Er sah all's.

„Komm jetzt her, damit wir fertig werden!“ rief der Güttendbesitzer.

Darauf gingen alle miteinander in den Neubau, und Jaf's viertausend wurden ausgezählt. Geißler bekam eine Urkunde; er steckte sie nachlässig in die Tasche, als hätte sie gar keinen Wert. „Geh' sie wohl auf.“ sagten die andern zu ihm, „und deiner Frau wird das Bankbuch in einigen Tagen zugestellt werden.“ „Bankbuch“, sagten sie. — Geißler runzelte die Stirne und erwiderte: „Es ist gut.“

Aber sie waren noch nicht fertig mit Geißler. Nicht als ob er den Mund aufgetan hätte, um etwas für sich zu verlangen, aber da stand er nun, und sie sahen, wie er dastand; vielleicht hatte er sich auch selbst einen kleinen Teil des Jaf's ausbedungen. Als der Güttendbesitzer ihm ein Banknotenbündel reichte, nickte Geißler nur und sagte wieder, es sei gut. „Und nun trinken wir noch ein Glas mit Geißler.“ sagte der Güttendbesitzer.

Sie tranken, dann waren sie fertig und verabschiedeten sich von Geißler.

In diesem Augenblick kam Brede daher. Was wollte der nun? Brede hatte natürlich die dröhnenden Schüsse am gestrigen Tage gehört und verstanden, was droben im Gebirge vorging. Jetzt kam er und wollte auch Gebirgsfelder verkaufen. Er ging an Geißler vorbei, wendete sich an die Herren und sagte: er habe einige merkwürdige Gesteinsarten entdeckt, ganz wunderbare, die einen seien rot wie Blut, andere hell wie Silber; er kenne jeden Winkel da droben und könne rasch mit den Herren hinaufgehen, er wisse mehrere lange Metalladern — was das wohl für eine Art Metall sein könnte? — „Hast du Proben bei dir?“ fragte der Bergbaukundige. — „Ja.“ Aber ob sie nicht ebenfogat auf den Berg hinaufgehen könnten? Es sei nicht weit, Proben, jawohl! Viele Sade voll, viele Rissen voll, er habe sie zwar nicht bei sich, aber daheim in seinem Hause; er könne rasch hinaufgehen und sie holen. Aber er könne in kürzerer Zeit von den Bergen droben holen, wenn die Herren warten wollten. Die Herren jedoch schüttelten den Kopf und ritten davon.

Brede sah ihnen gekränkt nach. Wenn die Hoffnung einen Augenblick in ihm aufgetaut war, dann erlösch sie jetzt wieder; er arbeitete unter der Ungunst des Schicksals, nichts sollte ihm glücken. Nur gut, daß er einen leichten Sinn hatte, um das Leben trotzdem ertragen zu können. Er sah den Reiter nach und sagte schließlich: „Na, viel Glück auf die Reise!“

Aber jetzt zeigte er sich wieder unterwürfig gegen Geißler, seinen früheren Schultheißen, er buzte ihn nicht mehr,

sein, welchen Riesenorganismus die Verwaltung Berlin in der Tat bildet und welches gewaltige Gemeinwesen das neue Groß-Berlin darstellen wird.

Die wirtschaftlichen Aufgaben sind dementsprechend groß und durch die Kriegswirtschaft in ungeahnter Weise erweitert worden. So ist es denn dahin gekommen, daß die Bevölkerung sich in zwei Lager gespalten hat, von denen das eine den schnellsten Abbau der Kommunalwirtschaft und ihre Zurückführung auf den Stand der Vorkriegszeit fordert, das andere Lager eine weitere Ausgestaltung der organisierten Wirtschaft erstrebt.

Diese zwei großen Gruppen werden sich auch im Stadtparlament Groß-Berlin gegenüberstellen. Wenn bereits vor dem Kriege die bürgerlichen Gemeindevertretungen kommunalisiert haben, z. B. die Versorgung mit Gas, Wasser, elektrischem Strom, die Müllbeseitigung, Verkehrsmittel, die Krankenhausbehandlung, das Rettungswesen, Markthallen usw., so deshalb, weil kein Streit darüber bestand, daß Unternehmungen, mit denen das Wohl der Gesamtheit hervorragend verknüpft ist, dem Gewinnstreben privater Unternehmer entzogen werden müßten, damit immer das Gesamtinteresse gewahrt bleibt. Die Kriegswirtschaft hat die kommunale Unternehmung stark diskreditiert, um ihren Ruf gebracht. Es wird dabei übersehen, daß es die völlig anormalen Verhältnisse waren, die das gelegentliche Versagen der Verwaltung verursacht haben. Die Einführung des Kartensystems war unumgänglich, weil die Warenknappheit eine Verteilung nach der Kopfzahl nötig machte.

Daß die Verwaltung, d. h. die Bewirtschaftung von Waren des täglichen Bedarfs, in die Hände von Nichtfachleuten kam, die wiederum erst gegen Gehalt oder Provision Fachleute einstellten, hat doch seinen Grund darin, daß bei Ausbruch des Krieges der freie Handel ohne brauchbare sachliche Organisation war, der die Verteilung der zu knappen Warenmengen nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen hätte übertragen werden können. Auch heute noch fehlen die Handelsorganisationen, die aus sich heraus in der Lage wären, dem Gesamtinteresse der Verbraucher entsprechend die Verteilung der zu knappen Warenmengen so vorzunehmen, daß das Prinzip „Großer Umsatz — kleiner Nutzen“ zur Geltung käme, damit die Waren mit viel geringeren Aufschlägen als heute an die Verbraucher gebracht werden könnten. Ohne Verbilligung der Lebensunterhaltungsmittel ist ein Abbau der Löhne und eine Milderung der sozialen Not undenkbar. Entweder hatte sich der Handel Konjunktur gemacht bis zur Vernichtung des einen durch den anderen, oder der Handel hat Ringbildungen vorgenommen, um die Verbraucher zu schröpfen. Zwischen beiden Extremen liegt die gemeinwirtschaftliche Organisation.

Die Verwaltung von Groß-Berlin steht vor sehr großen wirtschaftlichen Aufgaben, sie hat ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen, die riesigen Fehlbeiträge in den Haushaltsabschlüssen zu beseitigen, und die Schulden, insbesondere die schwelbenden, zu decken. Die Zusammenfassung der steuerlich sehr verschiedenen starken Gemeinden zur Einheitsgemeinde soll durch den hierdurch möglichen Lastenausgleich die Bilanzierung der Generalhaushaltsrechnung des neuen Groß-Berlin wesentlich erleichtern.

Dieser Gleichgewichtszustand wird sich aber allein durch Zusammenkürzen der Steuerbeutel nicht erzielen lassen, es wird die Wiederherstellung der Rentabilität bei allen werbenden städtischen Betrieben und sparsamste Wirtschaft unerlässlich sein.

Die Tarifierhöhungen für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen usw. haben auch ihre Grenze bei dem Rückgang des Konsums infolge der Ueberspannung der Preishöhe, abgesehen von den höchst schädlichen sozialen Folgen, die in der Ausdehnung immer weiterer Schichten von der Teilnahme an dem Bezug von wichtigen Lieferungen sich zeigen werden. Eine Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Betriebe Groß-Berlins wird zu Ersparnissen und Verbilligungen führen können. Die von mir angeregte und nunmehr auch beschlossene Gewährung von Prämien für praktisch verwertbare Vorschläge der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Ersparnisse im Betrieb, Vereinfachungen und schnellere Abwicklung der Geschäfte ermöglichen, wird hoffentlich dazu beitragen, von innen heraus die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe, die recht viel noch zu wünschen übrig läßt, zu verbessern.

Answieweit für Kulturaufgaben und soziale Hilfsarbeit im neuen Groß-Berlin überhaupt Mittel zur Verfügung stehen werden, hängt ausschließlich von der wirtschaftlichen Lage der Großgemeinde, von ihrer Steuerkraft und von der Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe und Verwaltungen ab, denn die Bewilligungsfähigkeit findet ihre sehr reale Grenze bei der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt, deren Kredit kaum noch stärker in Anspruch genommen werden kann. Unsere Fraktion darf in dieser Beziehung von sich sagen, daß sie agitatorische Motive bei ihren Entschlüssen durchaus ausgeschaltet hat und sich ihrer Verantwortung für die Deduktion der Ausgaben stets voll bewußt gewesen ist. Aber nicht nur Bewilligungen, sondern auch Ablehnungen von Geldausgaben können aus agitatorischen Gründen erfolgen, ein Verfahren, dessen sich die bürgerlichen Parteien gern bedienen haben. Auch hier gibt es eine reale Grenze bei der Notwendigkeit, den im Dienst der Stadt stehenden das Existenzminimum in einer Zeit steigender Lebensunterhaltungskosten zu sichern und sie vor der Verschuldung zu bewahren.

Die Stadtverwaltung des neuen Groß-Berlin wird vor sehr schwierigen Aufgaben stehen, deren Lösung ein hohes Maß von Sachkenntnis, Objektivität und Verantwortungsgesühl erfordern wird. Es fällt daher der Bürgerschaft von Groß-Berlin die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß sie Vertreter in dieses große Stadtparlament entsendet, die diesen außerordentlichen Aufgaben auch gewachsen sein werden. Eine Politik der Schlagwörter und des verantwortungslosen Zum-Tun-Hinaus-Redens wird verfallen und die Anhänger dieser Politik als auch die gesamte Bürgerschaft in die Gefahr des Zusammenbruchs bringen. Die Wahl des Stimmzettels am 20. Juni kann nicht schwer fallen, wenn der Wähler fragt, bei welcher Partei die beste Gewähr dafür geboten ist, daß innerhalb der Grenzen des Möglichen für die arbeitenden Klassen alles erstrebt und erreicht wird.

Dr. Alfred Striemer, Stadtverordneter in Berlin.

Wirtschaft

Auch die Eisenverbraucher warten!

Die Verbraucher nehmen allgemein an, daß die Werke demnächst gezwungen sein werden, weiter mit den Preisen herunterzugehen. Zu dieser Erwartung veranlaßt sie auch der Umstand, daß aus zweiter Hand, namentlich aus den Kreisen des wilden Handels, noch fortgesetzt Material in großen Mengen und zu Preisen an den Markt kommt, das sich erheblich unter den jetzigen Notierungen des Eisenwirtschaftsbundes bewegt und sofort greifbares Material darstellt. Die Preisunterschiede gegenüber den offiziellen und diesen Notierungen für das sogenannte freie Material bewegen sich bis zu mehreren tausend Mark, je nach der Qualität des Materials, und sie werden in den meisten Fällen von sogenannten Angstverkäufen diktiert. Vielfach trägt zu der unsicheren Preisstellung auch der Umstand bei, daß weiterverarbeitende Werke, welche über große Mengen von Vormaterial verfügen, dazu übergehen, dieses abzugeben in der Erwartung, sich demnächst wieder billiger einkaufen zu können.

Bei der jetzigen Periode der teilweisen Absetzung der Preise der übertrauten Waren kommt es vor allem darauf an, daß die Produktion ohne Einschränkung fortgesetzt wird. Dahn hat die Arbeiterschaft und die Regierung mit allen Mitteln zu wirken, weil von einer Marktlüberfüllung gar keine Rede ist, sondern nur eine Abkühlung infolge der Preisabgleichungsvorgänge eingetreten ist. Wo es an Geldmitteln fehlt, beantrage man Kredite beim Wirtschaftsministerium. Einzig und allein kommt es darauf an, daß wo Rohstoffe vorhanden sind, produziert wird.

—astr.

Vom Berliner Produktenmarkt.

Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 11. Juni: Daser pro 1000 Kilogramm auf Abladung 2740—2700 Mark ab Station, ab schließlichen Stationen 2700 Mark. Tendenz behauptet. — Weizenmehl sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorienmehl 150—175 Mark, gelbe und orüne Erbsen 110—140 Mark, Peluschken 100—105 Mark, Aderbohnen 100—105 Mark, Wicken 80—90 Mark, Lupinen 60—65 Mark, Serrabelle 45—55 Mark, Weizenheu Lufe 22 bis 23 Mark, Stroh, drahtbrecht 10—10½ Mark, gebündelt 9—9½ Mark, Trockenstängel 57—63 Mark, Patent Stoffen 95—100 Mark.

Preisrückgang im Weinhandel. Auch Bingen wird gemeldet: Im Weinhandel, der seit einigen Wochen fast gänzlich ruht, ist ein merklicher Preisrückgang eingetreten. Die Zurückhaltung bei den Wägern hat aufgehört. Der Handel kauft nur das Nötigste, um weitere Senkungen herbeizuführen.

Der Milchlieferungsstreik der Bauernschaft des Landkreises Höchst ist beendet. Die Bauern verpflichten sich, die Milch zu den bisherigen Höchstpreisen weiterzuliefern; sie werden aber sofort weitergehende Forderungen geltend machen, die auch anerkannt werden sollen. Die gegen die Bauern verhängten Strafen (150 Mark für jeden Streiktag) werden zurückgenommen.

Die Freie Bauernschaft des Saargebietes ist vor einigen Tagen mit ganz unerschütterlichen Forderungen an die Oeffentlichkeit getreten und droht bei deren Nichtbewilligung mit dem Lebensmittel-erzeugerstreik, treibt also offenbar Sabotage an der Lebensmittelversorgung des Saargebietes. Der Generalsekretär der Freien Bauernschaft, Reiner, will anheben diesen Kurs nicht mitmachen, denn er hat am 10. Mai d. J. schon sein Vertragsverhältnis bei der P. A. gekündigt und ist schon jetzt seine Tätigkeit mehr aus.

Kein Geld für die Krankenhäuser. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge rechnen die städtischen Krankenanstalten mit einem Fehlbeitrag von 45 Millionen Mark. Verschiedene Anstalten sollen deshalb geschlossen werden.

Groß-Berlin

Die Verluste aus Berlins Lebensmittelwirtschaft.

Gegenüber den Angriffen auf die Lebensmittelwirtschaft der Stadt Berlin machte in der Stadtverordnetenversammlung der Oberbürgermeister die Mitteilung, daß bis Ende Juni 1919 die Verluste sich bei 4 Milliarden Mark Gesamtschaden auf 12 Millionen Mark belaufen. 12 Millionen sind an sich eine stattliche Summe, doch gegenüber jenen 4 Milliarden bedeutet sie immer nur 3 vom Tausend. Wenn Verluste vorkommen und belannt werden, übersieht der nicht Fach- und Sachkundige meist, daß er sie an den Gesamtvorräten messen müßte. Von deren Größe aber hat er keine auch nur annähernd richtige Vorstellung.

Bessern mögen die Oberbürgermeister in einer Besprechung mit Pressevertretern seine in der Stadtverordnetenversammlung vorgetragene Angaben. Bis Ende September 1919 betrug der Umsatz in Mehl über 2½ Milliarden Pfund, in Kartoffeln ziemlich 2½ Milliarden Pfund, in Fleisch 838 Millionen Pfund, in Milch 848 Millionen Liter, in Zucker 71 Millionen Pfund, in Obst und Gemüse 800 Millionen Pfund. Bei solchen Riesenumsätzen wird die sorgsamste Bewirtschaftung noch Verluste bringen, die dem Verbraucher ungeheuerlich erscheinen, weil er — unbewußt — sie nur an seinem eigenen kleinen Verbrauch mißt. Auch der vielgepriesene freie Handel müßte Riesenverluste hinnehmen, wenn er Kleinumsätze hatte, nur pflegte er davon kein großes Aufheben zu machen. Oberbürgermeister Bormuth hob hervor, daß bei den Kartoffeln dem Gesamtschaden von 2½ Milliarden Pfund ein Schwund von 175 Millionen Pfund gegenübersteht (die im Umsatz nicht enthalten sind). Dem könnte man die Friedrichstraße in ihrer ganzen Länge 3 Meter hoch bedenken, und doch sei diese ungeheure Menge eingebüßter Kartoffeln nur 8 Prozent des Umsatzes, was selbst Landwirte und Händler als wenig bezeichnen müßten.

In den einzelnen Zweigen der Lebensmittelversorgung ist übrigens das Ergebnis sehr verschieden. Während manche mit Verlusten abschlossen, wurde von anderen sogar noch ein Gewinn erzielt. Bis Ende Juni 1919 belief sich der Verlust in der Brotversorgung auf 1,7 Millionen Mark (die aber hier bis Dezember wieder eingeholt wurden), in der Kartoffelversorgung auf 4,3 Millionen, in der Gemüseversorgung auf 1,4 Millionen. Dagegen wurden gewonnen auf Rähmittel 1,8 Millionen, auf Eier 0,8 Millionen, auf Fische 0,8 Millionen, auf Zucker 0,28 Millionen, auf Milch 3,0 Millionen, auf Käse 0,5 Millionen, auf Butter 1,8 Millionen. Die Fleischversorgung hatte 4,9 Millionen Verlust, während Berlin bei der Groß-Berliner Viehverteilung einen Gewinn von genau gleicher Größe hatte. Dazu kamen 1,2 Millionen Gewinn bei Fleischkäufen.

Die letzten Monate haben allerdings größere Verluste gebracht, deren genaue Höhe noch nicht feststeht. Sie erklären sich hauptsächlich aus der damaligen Volatilität der Preise und den notwendigen teureren Einkäufen. Vielen Gemeinden ist es ähnlich ergangen, und manche sind daher ängstlich geworden, so daß sie keine Vorratskäufe mehr wagen wollen. Der Oberbürgermeister warf die Frage auf, ob es nicht Pflicht der Gemeinden gewesen sei, das Risiko zu übernehmen und die Lebens-

mittelversorgung zu sichern. Wir können diese Frage nur bejahen.

Zur Vermeidung von Irrtümern teilen wir mit, daß bei der Berechnung des Verlustes der städtischen Verwaltung an der Lebensmittelversorgung von Berlin in den Verlust von 12 Millionen Mark auch die Vergütung der investierten Kapitalien, die Ausgaben für das Personal, die Abschreibungen und alle sonst zu einer ordnungsmäßigen kaufmännischen Bilanz zählenden Ausgabenposten inbegriffen sind.

Erbauliches aus dem Neuköllner Stadtparlament.

Ein Kriegervereins-Freund.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung eine lange Auseinandersetzung über Mitteilungen, die in bürgerlichen Blättern aus vertraulichen Kommissionsstiftungen gemacht worden sind. Es handelt sich um abschließende Verfügungen des Unabhängigen Freund über Beamte, durch die diese sich verletzt gefühlt haben. Radtke (U-Soz.) rügte gestern die Veröffentlichungen, und Freund beanspruchte das Recht der von ihm an den Beamten geübten Kritik. Engel (Demokr.) erwiderte, die Gehässigkeit in der Kritik sei das, was er tadeln müsse. Dieser Redner spielte dann darauf an, daß noch im Jahre 1918

ein Unabhängiger in den Neuköllner Kriegerverein

eingetreten sei. Er machte auch Andeutungen über Vetterwirtschaft bei Stellenbesetzung. Freund erklärte, diese Anpassungen seien ihm unverständlich. (Weiterlekt.) Bürgermeister Scholz äußerte den Wunsch, man möchte doch an dem bisherigen Versuch festhalten, das Mittelungen aus Deputations- und Kommissionsstiftungen unterlassen werden. Radtke (U-Soz.) rügte die persönlichen Anspielungen zurück und frönte im Auftrage der Fraktion der Unabhängigen, wenn Engel gemeint habe. Engel erklärte, der Unabhängige Freund habe seine Aufnahme in den Kriegerverein Neukölln noch am 1. September 1918 durch schriftlichen Bescheid beantragt (Weiterlekt), und Freund's Schwägerin sei kirchlich Schulpflegerin geworden. (Zuruf: Name: rad Freund!) Freund antwortete in ungewöhnlich klärlautem Ton: Was ich im September 1918 getan habe, darüber vermag ich hier keinen Aufschluß zu geben. (Weiterlekt.) Das wird Gegenstand der Untersuchung in meiner Organisation sein. Ich bin nicht ein einziges Mal in einer Sitzung des Kriegervereins gewesen. Wenn ich wirklich einen solchen Schein unterschrieben habe, so wird das wahrscheinlich Gründe haben, über die ich Ihnen keine Auskunft gebe. (Gelächter.) Die Stelle der Schulpflegerin ist ausgeschrieben worden. Auf die Meldung meiner Schwägerin habe ich keinen Einfluß gehabt. Die Debatte schloß mit der von Radtke für seine Fraktion abgegebenen Erklärung, sie werde alle diese Veröffentlichungen prüfen und nötigenfalls rücksichtslos einschreiten.

Nach dieser zeitraubenden, aber amüsanten Einleitung ging die Versammlung an die Erledigung ihrer sehr reichhaltigen Tagesordnung. Unter anderem wurden Änderungen zur Befolgsordnung der Beamten und Besoldungsstellen und der Lehrer beschlossen. Änderungen des Tarifvertrags der technischen Angestellten und die Annahme des Schiedsgerichts über den Tarifvertrag der Hilfskräfte mit den in Berlin beschäftigten Arbeitern. Sozialdemokraten, Unabhängige und Demokraten betonten übereinstimmend, daß man bezüglich der Hilfskräfte sich den soeben in Berlin gefassten Beschlüssen angeschlossen habe. Den Hilfskräften soll auch ein Versuch geboten werden. — Eine Resolution von Polizeikommissar für 1918 führte zu einer Auseinandersetzung darüber, welches Vertrauen man zur Polizei und ihren Leistungen haben könne, und wurde einstimmig abgelehnt. — Eine Debatte über die weltliche Schule knüpfte sich an den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der für alle vom Religionsunterricht befreiten Kinder Neuköllns geforderte Einschulung und Unterricht in Gemeindefachkunde forderte. Ueber einen Antrag der Unabhängigen, der weltliche Einrichtung der Neuköllner Volksschulen und

Beseitigung des Religionsunterrichts

forderte, wurde gleichzeitig verhandelt. Schulz (Soz.) wies in seiner Begründung darauf hin, daß die reichsgesetzliche Regelung der Einrichtung weltlicher Schulen noch fehlt, aber der in unserem Antrag empfohlene Weg schon jetzt gangbar ist. Exner (Demokr.) wünschte allgemeinen religionsgeschichtlichen Unterricht. Mit einem „Kulturkampf“ drohte Schilling (Christl. Volkspartei). Stadtschulrat Buchenau betonte die Notwendigkeit, diese Frage in demokratischem und sozialem, d. h. genossenschaftlichem Geist zu lösen. Niemand dürfe dabei vernachlässigt werden, und Vergewaltigung wäre auch gar nicht im Geiste des Sozialismus. Nach langer Debatte wurden beide Anträge angenommen.

Für den 10-Stunden-Tag der Hausangestellten!

Die Hausangestellten wenden sich in einer am Sonntag, den 18. Juni, nachm. 5 Uhr, im Lustgarten stattfindenden Protestversammlung gegen die ungeregelten Arbeitsverhältnisse in ihrem Beruf. Zwar ist die Gefindeordnung, die der Dienstherrschaft z. Z. das Recht der Züchtigung gab, seit dem 12. November aufgehoben, aber man hat bis jetzt noch kein neues Hausangestelltengesetz geschaffen. Für Hausangestellte sind zwar im Schlichtungsausschuß besondere Spruchkammern eingerichtet, und gewiß haben dieselben auch schon dieses zugunsten der Hausangestellten in Einzelfällen erreicht, aber wo die Macht des Schlichtungsausschusses nicht ausreicht, sind die Hausangestellten auf die langwierige und kostspielige Klage beim Amtsgericht angewiesen. Es ist höchste Zeit, daß auch auf diesem Gebiet etwas geschieht, damit sich die Ausbeuteten wehren können. Die Hausfrauen lehnen es ab, mit uns Tarifverträge abzuschließen, und so sehen wir uns genötigt, zum öffentlichen Protest vor allem gegen die übermäßige Arbeitszeit, die in der Regel 18 bis 16, manchmal sogar 18 Stunden täglich beträgt.

Arbeitervertreter, auch Ihr habt ein persönliches Interesse daran, die Verhältnisse in diesem Beruf zu bessern, denn Eure Kinder sind es, die viele Leiden durchkosten müssen. Die Arbeiterschaft hat durch ihre Volksbeauftragten die Gefindeordnung beseitigt, trete weiter dafür ein, daß auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen bessere werden. Fordert alle Hausangestellten auf, an der Versammlung teilzunehmen: Für den gesetzlich geregelten 10-Stunden-Tag.

Der 10prozentige Lohnabzug.

Die Beschlüsse über den Abzug von Einkommensteuer an Arbeitslohn (gemäß den §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes), die am 25. Juni 1920 in Kraft treten, haben in der Oeffentlichkeit vielfach zu irigen Annahmen geführt. Es besteht die Ansicht, als ob nur der vom 25. Juni 1920 ab verdiente Arbeitslohn dem 10prozentigen Abzug unterliege. Der Arbeitgeber nimmt daher an, daß wenn er den Arbeitslohn am Schluß eines bestimmten Zeitraumes zahlt, er eine doppelte Rechnung aufmachen müsse: einmal, was sein Arbeitnehmer bis zum 24. Juni 1920, und dann, was sein Arbeitnehmer vom 25. Juni 1920 an verdient habe. Diese Auffassung ist irrig. Dem 10prozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 25. Juni 1920 an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf eine vor dem 25. Juni 1920 liegende Zeit entfällt. Werden also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 1920 250 Mark Arbeitslohn ausbezahlt, so sind 10 Prozent von den ganzen 250 Mark zu kürzen. Werden am 30. Juni 1920 1000 Mark für den Juni ausbezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 Mark dem Abzug. Eine Auseinandersetzung zwischen vor und nach dem 25. Juni 1920 verdienten Arbeitslohn findet nicht statt.

Abstimmung in Ostpreußen. Alle abstimmungsberechtigten Personen, die in der Zeit vom 20. bis 30. Juni d. J. nach Ostpreußen fahren wollen, werden gebeten, sich in der Zentralfabrik des Bundesheimatvereins Ostpreußen, Soltesches Meer 24, Hof I (Telephon: Köhler 3078) melden zu wollen. Geschäftsstunden 9-6 Uhr.

Der Deutsche Schwabund teilt mit, daß die Einpruchsfrist für Abstimmungs-berechtigte in Ostpreußen bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Stimmberechtigte, die den Wahlzettel bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unversätlich bei der Abstimmungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

Einrichtung einer Behandlungshütte für Lungenkranke. Am Institut "Robert Koch", Berlin N., Köhlerstr. 2, gegenüber dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, an der Rutilbrücke, ist neuerdings eine Behandlungshütte für Lungenkranke eingerichtet worden. Sprechstunden Mittwochs und Sonnabends von 4-5. Die Mitglieder der Allgemeinen Ostpreußenvereine der Stadt Berlin sind berechtigt, diese Behandlungshütte in Anspruch zu nehmen; sie kommt hauptsächlich für Bewohner der Stadtteile Moabit und Wedding in Betracht.

Gefahren wurde vor dem städtischen Heimstättenamt, Blumenstraße 97, ein Gepäckschrank des Magistraats. Der blaue lackierte Kasten ist mit dem Wappen der Stadtgemeinde Berlin und der Bezeichnung "Kad 2" versehen. Da das Kad wertvolle Arien enthielt, die aber für den Wert keinen Wert haben, wird darum gebeten, die Arien bei dem Vorort des Rathauses abgeben zu lassen oder das Zentralsbureau des Magistrats zu benachrichtigen, von wo die Arien abgeholt sind.

Die polnische Gesandtschaft teilt mit, daß die Konsuln von Posen, Danzig, Königsberg usw. nur von denjenigen polnischen Konsulaten erleidet werden, in deren Bezirk der betreffende Antragsteller wohnt. In der Zeit befinden sich in Deutschland folgende polnische Konsulate: Köln, Domhof 28; Essen-Mühl, Düssel-Allee 80; Königsberg (Ostpr.), Anspitzerstraße Langgasse 1/4; Breslau, Neue Gasse 18; Hamburg, Michaelstraße 19; Oppeln, Nikolaistraße 30a; Danzig, Polnisches Generalkonsulat, Rennerstraße 18.

Gefahren wurde vorgestern nachmittag der 63 Jahre alte Arbeiter Walter Tauschwich aus der Dunderstr. 18. Dieser hat mit dem Kutscher Willi Kewer aus der Pappelallee 48 unter den Linden, in der Nähe der Scharlooper, Damenstiefel zum Kauf an. Zwei Beamte der Sicherheitspolizei schritten zur Feststellung der beiden Straßenhändler. Auf dem Wege zur Wache leistete Tauschwich tätlichen Widerstand. Vorübergehende unterstützten ihn durch anfeuernde Jurufe. Jetzt entriß Tauschwich dem Wachmeister Drunkow, der die Stiefel an sich genommen hatte, diese, schlug auf ihn ein und lief davon. Als er auf die Anrufe des Beamten nicht hören wollte, zog dieser seine Dienstwaffe und gab zunächst einen Schuß in die Luft ab. Da auch das nichts half, feuerte er auf Tauschwich und traf ihn so schwer in die Brust, daß er auf der Stelle zusammenbrach. In der Charité konnte ein Arzt nur noch seinen Tod feststellen.

Freireisende Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadt Halle, Köhlerstr. 20, Vortrag der Frau M. Reiche: "Unser Unterricht für die aus dem Reichsunterricht abgemeldeten Kinder." - Sammtum: Madrigal (Simonetti). - Bitte willkommen.

In der Krania, Taubenstraße, wird Emma Rothmann ihren Vortrag "Am Schwarzwald" am Sonntag und Mittwoch und ihren Vortrag "Kritik am Reich" am Freitag wiederholen. Der Vortrag "Der Mensch und die Natur" von Professor Goetz wird am Dienstag und Sonnabend wiederholt werden, am Sonnabend wird der Autor denselben persönlich halten. Am Montag gelangt der Vortrag "Anselm Hagen" und am Donnerstag der Vortrag "An den Bergen Tirols" zur Darstellung. Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr wird der Vortrag "Mit dem Luftschiff nach dem Bodensee" zu seinen Preisen gehalten werden.

Treppe-Sternwarte. Sonntag 8 Uhr: Sitten und Gebräuche fremder Völker. 5 Uhr: "Eine Reise zum Südpol" und "Ein Bild ins

Weltall". 7 Uhr: "Aus Großstadtmauern in den Schwarzwald". Dienstag 6 Uhr: "Uralische Volkslieder". 7 Uhr: "Die Erde als Planet" (Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Dr. Wagners). Samstags 6 Uhr: "Volkslieder, Sagen und Mären". Mit dem großen Fernrohr werden abends die Planeten Jupiter, Saturn und Mars beobachtet. Kleinere Fernrohre stehen zur Beobachtung beliebiger Objekte kostenlos zur Verfügung. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Neußün. Der Vorstand des Elternrats der 4. Gemeindefchule besteht aus den Herren Goldstein, Kessler und Grieger. Versammlungen finden zu richten an die Herren Goldstein, Fiechtenstr. 32, oder Grieger, Fiechtenstr. 21.

Mariendorf. Siedende. Gemeindevertretung. Richter (M. S. P. D.) richtet die Anfrage an den Gemeindevorstand, wie weit die Entlohnung der Einwohnerwehr und die Gründung einer Ortswehr vor sich gegangen ist. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Vom Schöffen Heubach wird darauf hingewiesen, daß die Gründung der Ortswehr nicht Sache der Gemeinde ist, sondern von den Gewerkschaften ausgeht. - Genosse Kofke erhebt um Auskunft, ob dem Gemeindevorstand bekannt sei, daß der Direktor des Gymnasiums Schüler dieser Anstalt mit einer Sammlung für die Grenzpende beauftragt habe. Schöffe Heubach legt Unterzeichnung dieser Angelegenheit zu. - Eine weitere Anfrage des Gemeindevorstandes Hesse (bürgerlich), betreffend die Wurstfabrik der Gemeinde, findet dahin keine Erledigung, daß die Wurstfabrik in Gemeindegewalt weiter betrieben wird. - Hierauf erfolgte die Reueberlegung der verschiedenen Ausschüsse nach dem Vorschlag des Wahlaustrittes. Dem Abkommen mit dem Bodenanstaltsdirektor des Seebades Mariendorf wird gegen die Stimmen der Unabhängigen zugestimmt; die entstehenden Mehrkosten werden in Höhe von 2000 M. bewilligt. - Allen Gemeindefchullehrkräften soll der gleiche Versuch gemacht werden, welcher den Gemeindevorstand und Angestellten nach den Berliner Sätzen bewilligt ist. Auch den Bureauhilfskräften wird der Versuch bewilligt. - Zur Festigung und Ausstattung des Kinderheims wurde die Summe von 155 000 M. mit der Mahnabe bewilligt, daß eine Kommission von 7 Mitgliedern prüfen soll, ob irgend welche Ersparnisse gemacht werden können.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. 250 Gramm lose Hahnenfüßchen (32). - In den nächsten Tagen kommen in den zum Bezirk des Reichsanwalts Berlin gehörenden Gemeinden Käsemarktstücken zur Ausgabe. Sie sind für keine bestimmte Zeit ausgegeben. Wenn die Verteilung der einzelnen Mischungen beginnt, wird noch besonders bekanntgegeben werden. Die Inhaber der Käsemarktstücken haben die Karten spätestens bis zum 21. Juni 1920 einschl. dem Milchhändler vorzulegen.

Hermendorf. Bis Montag Anmeldung: 500 Gramm Hahnenfüßchen (26 und 99).

Strohan. Anmeldung bis Montag: 250 Gramm Hahnenfüßchen (30 u. 31), 375 Gramm Zucker.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite 12. Juni: 3. und 4. Abt. 7 1/2 Uhr: Sitzung der Funktionäre bei Aldert, Steinmetzstr. 30a.

Morgen, 13. Juni: Neußün. 9 Uhr: Flugblattverteilung von den bekannten Soldaten aus. Alle Parteigenossen haben sich daran zu beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Seite 12. Juni. Achtung, Abteilungsvorsitzende! 1/7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Tr. links: Abteilungsabstimmungskonferenz! Wichtigste Tagesordnung. Alle

Abteilungen müssen vertreten sein. Mitgledsbücher und Ausweise mitbringen!

Neußün: Nachtmäanderung Bernau-Neuphlee. Treffpunkt 6 Uhr Hermannsplatz. - Pantow. Nachtmäanderung Biber Biedersee. Treffpunkt 6 Uhr Pantow Kirche. Nachzügler Sonntag früh 6 Uhr Babelsch. - Wedding: Wäanderung Köpenick-Neu-Westend. Treffpunkt 6 Uhr Götter Hof.

Sonntag, 13. Juni.

Charlottenburg: Rosenstr. 4 (Volkshaus): Wäanderung Potsdam-Casow-Neuphlee. Treffpunkt 1/7 Uhr im Heim. - Gesundbrunnen: Bade- und Spielplatz Müggelberge. Treffpunkt 1/7 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstraße. - Hermendorf: Koonstraße, Turnhallengebäude: Mitgliederversammlung. - Pantow: Wäanderung. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Pantow. - Niederbichow: Wäanderung Biber Biedersee. Treffpunkt 6 Uhr Biedersee. - Prenzlauer Vorstadt: Wäanderung Biber Biedersee. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. - Schönhauser Vorstadt I: Wäanderung. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. - Zegel: Besuch des Botanischen Gartens. Treffpunkt 10 Uhr Endstation. - Tempelhof: Spielpartie nach Lichtberg. Treffpunkt 8 Uhr Garten Tempelhof.

Gerichtszeitung.

Die Bluttat in der Chariner Straße, die am 22. Januar gegen den Althändler Koch ausgeführt worden ist und den Tod des Ueberfallenen herbeigeführt hat, bildete den Gegenstand der Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rohrmann. Wegen schweren Raubes mit Todeserfolg waren der 24jährige Hilfsarbeiter Alexander Sommerfeld und der 21jährige, schon wegen Betruges und Raubmord verurteilte Reinhold Schneider angeklagt. Die Anklage verteidigte Staatsanwalt Dr. Jaeger, die Angeklagten wurden von den Rechtsanwälten Dr. Puppe und Prieße verteidigt. Als Sachverständige waren Medizinalrat Dr. Sörmer und Prof. Dr. Strauch geladen. Die Angeklagten, die übrigens schon vor dieser Tat gemeinsam einen Einbruch in die Wohnung des spiritus rector zu der Tat und wer der Hauptschuldige war. - Das Gericht beurteilte auf Grund des Spruches der Geschworenen Sommerfeld zu 12 Jahren Zuchthaus, Schneider zu 13 Jahren Zuchthaus und Schulhaft auf die Dauer von zehn Jahren.

Aus aller Welt.

Schnee im Juni. In Schierke im Harz ist in den letzten Tagen Schnee gefallen.

Rheinpiraten. Die Schiffsbewachungen auf dem Rhein haben einen derartigen Umfang angenommen, daß in Rierstein ein Sondergendarmeriekommando zur Ueberwachung eingerichtet wurde.

Dynamit gegen Denkmäler. Der Oberschlesische Wochenzeitung zufolge wurden in Kosdzin-Schappinich die Denkmäler Wilhelms I. und seines Nachfolgers durch Dynamit beschädigt. Ersteres wurde vollständig zerstört, bei letzterem wurde der Sockel gesprengt.

Die Minenverfuchung. Das englische Schiffsboot Botswall, das den mit Salpeter beladenen Dampfer Santa Theresa schlepte, ist auf der Höhe von Terichelling auf eine Mine gestoßen und gesunken. Sechzehn Personen sind ertrunken.

Bergarbeitertod. In der belgischen Feste von Chafelmeau stürzte der Arbeiter Ed. S. Bergleite von der Höhe getötet.

Auf der Grube Hundaria bei Tenedar stieg das Dynamitdepot in dem Augenblick in die Luft, als die Arbeiter den Schacht verlassen wollten. Bis jetzt wurden 173 Leichen geborgen. 36 Bergleute wurden mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Spital gebracht. Ihr Zustand ist sehr ernst. 20 Bergleute werden noch vermißt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet.

English!
"The Manchester Guardian is the leading British Liberal Paper. The WEEKLY EDITION contains all the important items of the Daily. Price: quarterly 28 marks. The COMMERCIAL EDITION (appears weekly) is giving a complete survey of markets, prices and trade-movements of all the chief centres of the world. Price: quarterly 39 marks. Post free from Manchester. Arrives regularly within two days of publication. Circulation all the world over. 1200 subscribers in Germany. Sub-agents wanted for canvassing. Subscriptions should be sent to HERMANN J. FROMM, Abonnements - Annahme für englische Zeitungen u. Zeitschriften, BERLIN W. 90, Spichernstr. 17. Postcheck-Konto Berlin 77771. When ordering, please refer to the "Vorwärts". 703D

Gold - Fallhalter, größte Auswahl, von M. 45,- an
Verleiher gesucht
Prospekt gratis
FINK
BERLIN V Friedrichstr. 74 u. 133
Verlangen Sie
Vioparfa' Zahn-
pasta
Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin SO. 16, Cöpenickerstr. 112, Moritzpl. 11951
Sind Lungenleiden heilbar? Alle, die an Lungenleiden, Asthma, Schwindsucht, Lungenspitzenkatarrh, Nachtschweiß, Stiche im Rücken, Brustschmerzen, Appetitlosigkeit, Verschleimung, veraltetem Husten, lange anhaltender Hektik leiden, lassen sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden. 2813*
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 202, Am Karlsbad 33h. Sprechzeit 9-11. 2-4 Sonntags 10-11
Verlangen Sie Dr. med. Ludwigs Broschüre über glückliche Behandlung der Syphilis und ihrer Folgeerkrankungen für 1,00 Mk. in verschlossener Umschlag vom Verlag J. Köppler, Berlin S. V., Planufer 24a.

Preisherabsetzung
Jacket-Anzüge aus erstklassigen, englischen Stoffen, la Futter, nachher, Ersatz für Maß... von 1400,- auf 700,- M.
Jacket-Anzüge schöne Muster, halbhare Stoffe von 1000,- auf 700,- M.
Hosch schöne Streifenmuster... von 250,- auf 130,- M.
Sommer-Paletto marango Cheviot, la Futter, helzung... von 650,- auf 520,- M.
Gummihüte Sportform, mit Gurt ringsherum von 790,- auf 590,- M.
Lodenmäntel, Sportanzüge, Knaben- u. Jünglingsanzüge sehr billig
Keine Filialen mehr **BaerSohn** Nur eine Verkaufsstelle
Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur

Möbel
Küchen
Ruhebetten
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100

Billige Weine u. Spirituosen
Samolli-Rum-Verschnitt, 40% . . . Mark 41,-
Eichbrand-Verschnitt, 30% . . . 40,50
Weizenbrand, 20% . . . 38,-
Billige Weine, feinstes Obst und Spirit.
Kur gegen Behauptung aber Stoff gegen Duplikat-Fabrikate!
Wahl Müller, Weinhandlung, Weinburg. - Vertreter gesucht.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Blei, Zink, Rotguss usw., Platin-, Gold-, Silberabfälle kauft zu Schmelzpreisen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstraße 71
2. Fennstraße 48
3. Bouselstraße 29
4. Neukölln 229
Kale-Fried-Str.
5. Bahnhofstraße 2
am Anhalter Bahnhof

Möbel
gegen bar
und auf
Teilzahlung
bei kleinster Anzahlung.
Liefere auch n. auswärt. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 36
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. J. Hof. Gesundbr.

J.F. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
seh. Gold-Büchse, Gr. Frankfurter Str. 112 neben Jandorf, Invalidenstr. 164. Export: N. 4, Bergstr. 24. Tel. Nord. 8214.
DERBY-COGNAC
Französ. Premier-Cognac, Rum, kräftiger Dänischer Hobbroschwerer, dunkler Tafelrotwein, Bordeaux, Burgunder, Portwein, Malaga, Terragona, Muskateller, alle führenden Schmirken, Rhein- und Meereszucker, gesüßter Johannisbeerwein, Kirchwasser.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N. 24, Friedrichstraße 127, nahe Reichstr.
die Rechtsmittel des großen Publikums
Prozessabteilung
Cochet 9-1
Bücher über 125 000 Aufsätze.

Möbel
Küchen
Ruhebetten
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100

Elektromotoren
Gleichstrom :: Drehstrom
Ingenieur-Bureau Schlichting
Berlin W 9, Linienstr. 10.
Tel. Lützow 3795 und 4514.
Liköre
Grün Pfefferminz
sowie
Ingwer-Nagelklee
1/2 1/4 1/8 1/16 Ztr.
Altmetalle,
Gussst. Eisen, Stahl, Zinn usw.
höchstb. Metallschmelze,
Betriebsmaschinen, 17, 30, 1. Berlin

Alt-Eisen
per Kilogramm 0,30 Mark.
Sämtliche Altmetalle höchstzahlend.
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markstraße.

Maschinenfabrik
führt höchstgehobene Metall- und Eisen in jeder Menge.
Thrau & Co.,
Trebbener Str. 11. Tel. 11545.

Kupfer p. kg M. 7,50
Rotguss " " " 6,-
Messing " " " 3,50
sowie höchste Tagespreise für Zinn, Blei, Stahl
Wiener,
Pantoffelstr. 3
an der Schillingstraße und
Görlitzerstr. 14206

Rancherdank!
ges. gesch. ermöglicht in einig. Tag das Rauchen od. teilw. z. unterlassen. Amt. begünstigt. Wirkung verb. d. Vollständ. unabh. Täg. Anserken. Ausk. aus. Institut Engldrecht. München R. 6. Kapuzinerstr. 9
Geld-
Verstärkt durch eine gute Idee. - Wegweiser durch Klausur & Co., Berlin SW 13
Friedrichstr. 9.
Geben entspricht das mit großer Spannung erwartete Buch
Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages.
Preis Mark 10,- (Ersch. für folgende Auflagen vorbehalten)
Verlag Cramer & Junfermann, Berlin-Ges. 13.

Die von Vielen schmerzlich entbehrte echte

MILANOIL

ist jetzt wieder überall zu haben!

BHD

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Klein-Idas Blumen.
Spannens Gebelms.
Verlegt. Anf. 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Maria Stuart.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Theater.
Gastspiel Werbezki
7 1/2 Uhr: Schrei nach dem Kind.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Tainu.
(Lupa Pick, Valentin.)

Kleines Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Der Leibgarde.
(Abel, Käthe Dorsch.)

Theater des Westens
Max Pallenberg
7 1/2 Uhr: Die goldene Ritterzeit
Großes Schauspielhaus.

7: Lysistrata. (Ald. Abonn.)
Stg. 2 1/2: Lysistrata (N.-A.A.A.V.)
7: Lysistrata. (Ald. Abonn.)

Theater l. d.
Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Die große Katharina.
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Die Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tosca.
Die Tribüne

8 Uhr: Bunbury.
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: Evelyn Hambrrecht.
Kleines Theater.

7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Komische Oper

7-15 Uhr: Eine Ballnacht.
Lustspielhaus
Arnold Rick in

7 1/2 Uhr: Zwangsquartierung.
Metropol-Theater.

7 1/2 Uhr: Im weißen Rössl
Neues Central-Theater

7 1/2 Uhr: Ein seltsamer Fall
Neues Operettenhaus

7 1/2 Uhr: Prinzessin Friedl.
Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Penion Schöllier
Schauburg
Königgrätzer Str. 121.

7 Uhr: Leo Peukert in
Wenn der Vater m. d. Sohne...
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Der Vielgeprüfte.
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Amor auf Reisen
Am Nollendorplatz

7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies.
Theater l. d. Alt. Jakobstr.

7 1/2 Uhr: Die verschwund. Pauline.
Wallner-Theater

7. Lustige Weiber v. Windsor
15. Waihalda-Theater.

7 1/2 Uhr: Unsere Magdchen
Residenz-Theater.

Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Paul Wegener. Olga Limburgin

Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Johannistener.

Trianon-Theater.
Sahnhof Friedrichstraße.
Täglich 8 Uhr:

Der gute Ruf
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Störenfried.

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Tägl. 8 1/2 Uhr:
Der Sensations-Schlager

Onkel Cohn
Volksstück in 3 Aufzügen.
Schluß der Spielzeit 15. Juni.
Wiedereröffnung 14. August.

Volksbühne Theater
a. Bülowpl.
7 Uhr zum 1. Male:
Eine Landpartie.
Verwickelte Geschichte.

Lessing-Theater.
7 Uhr zum 1. Male:
Leopoldine Konstantin in:
Das Glas d. Jungfrau
Sonntag und Montag 7 1/2 Uhr:
Das Glas der Jungfrau.
Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Evelyn Hambrrecht.
Der große Erfolg.

Apollo
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein.
Verlängertes
Gastspiel Dianvald
Natura-
historisch-phantastisch.
Ballett
2 Hartwells
Phänom. Luftakt
Varieté-Gastspiel
Franz
Gross
v. Theat. d. Westens
Smaragda
Universal-Dressuren
van d. Felden
Zigeunerleben
Harry & Jack
die Urkomischen
2 Fränzis
Salon-Akrobaten
u. welter Sensationen

METROPOL
KABARETT
BEHRENSTR. 53-54
Abendlich 7 Uhr:
2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch
Ciselatus
Rosel Dehny
Martin Loewe
Annie Trautner
2 Kajanows
Mimi Brix Gust. Werner
in Coco u. Coca
Reeves u. Reeves
Am Flügel: E. Henschel.
Kapelle Mundl Neumann.

Eintritt frei.
Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Zr. 1052
Ernesta Nelken
Franz & Lisi König
Ruth Roffi
Adolf Hardley
Ellen & Käthe Escher
Rugen Mack
Anni Lohmann
Hans Heinz Bachmann
Adi Liebans Meisterquart.
Adolf Lieban
H. Weino, H. Küche
Mocca, Ter. Schokolade
Anfang 7 Uhr.
Eintritt frei.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108-114
Täglich Konzert
und Vorstellung.
Dienstags, Mittwochs,
Donnerstags u. Sonntags:
Großer Saal.
Die Kaffeeküche
ist täglich geöffnet.
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Russell,
R. Schrader, Riess
Schubert usw.
Blühendes Konzert.
Vorv. 11-1 1/2, 4-6 U.

Sommer-Theater
„Groß-Berlin“
vorm. Klemm, Hasenheide.
Täglich 7 1/2
Prinzessin v. Nil
Vorher ab 9 1/2
Konzert u. buntes Progr.

Plenterwald
ehem. städt. Eierhäuser.
Heute Volkstag
Großer Jubel und Trubel!!!
Die Todesverächter
Turms-K. Leopelt u. Miss Mary.
Hilfs-Konzert
Dir. Otto Wagner.
9 Attraktionen.
Sonntag Frühkonzert b. fr. E.
Garten für 12.000 Personen.
Treptow.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Filz in St. Moritz.

Varieté-Café Moritzplatz
Oranienstr. 53-55 Dir. R. Korant
Künstl. Leit. Hellmuth Berndsen. Orchest. Georg Wöhler
Das große Weltstadt-Programm!
Harry Malten Bruno & Trud Gebr. Schäffer
und das große Varieté-Programm!
Jeden 1. und 16. Programmwechsel
7 1/2-7: Tanz-Vorführungen
5 Neuhäuser-Billard
Likörstube

Trabrennen Ruhleben
am Sonntag, den 13. Juni,
nachmittags 2 1/2 Uhr.

Reederei Kahn & Hertzner Fernspr.:
Königspl. 2062
Dampfer-Extra-
fahrten ab **Waisenbrücke**
Jeden Sonntag
und Mittwoch 8 Uhr: **Teupitz (Tornos)**
Jeden Sonntag 7 1/2 und
2 Uhr: **Krampenburg**

Von der Oberbaumbrücke - Falcken-
steinstr.
Jeden Sonntag 8 1/2 u. 2 1/2 Uhr Dampfer-
fahrt nach Neu-Heringsdorf und
Waltersdorfer Schlaus u.
Reederei Kleck, Falckensteinstr. 48. Tel.: Moritzplatz 819.

TROCKENPARFÜM
Lebona
Berlin
**HAUT
CREME**
Überall
erhältlich.

Siedler mit 5-10.000 M. Kapital
erhalten Auskunft. Pläne
kostenlos (nur mündlich)
Berlin - Hermsdorfer Siedlungsverein.
Waldmannst., Waldmannstr. 122. - Sbd. 5-6, So. 11-12.

Theater am Nollendorpl.
Täglich 7 1/2
**Der Operetten-
schlager von Berlin**
Eine Nacht im Paradies
mit Molly Wessely,
Stg. 13, 1 1/2 D. Glücksmädel
Volksstück m. Ges. u. Tanz.
Volksf. Preise!!

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel
Garten 7 1/2: Flucht um d. Erde

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Lindenstr.
7 1/2 Uhr:
Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stett. Sänger.
Varieté
Dönho. f. Brettl.
Garten u. Saal.
Anf. 8 1/2, Sonntag 9

MULCUTO



die aus dem
feinsten
Silberstahl
handhohl-
geschliffenen
MULCUTO-
Rasier-
Apparate
bleiben
dauernd brauchbar,
rasieren sammtweich
und entfernen mit der
größten Schnelligkeit und
Sauberkeit jeden beliebigen
Barthaar.

**Tausende
Anerkennungen!**
Im übrigen freue ich
mich, ihnen erklären
zu können, daß ich in
1. Mulcuto nach viel
Versuch mit 2 and.
App. (St. & H.) u. ein.
echt G.-App., mit
denen ich mich volle
15 Jahr herumgery,
hebe, endlich das
so lange Gesuchte
gefunden habe. Ich
bedauere jed. Herrn,
dem es noch heut so
erg. w. mir, wie ich a.
1. Mulcuto hingewies.
wurde, der sich sein
Gesicht mit Mutter-
instrument, zerschneid.
die ihn zur Ver-
zweilung treiben.
All diesen Unglückl.
wäre m. ein. Schlag
geholt, sobald sie l.
vortreffl. Mulcuto in
Benutzung nähmen.
Könnte man doch
diese objektive
Wahrheit sllgen.
bekannt machen.
Sedanstr. 7.
Dr. Konr. Wolter.

Verleizen unmöglich!
Große Zeit- und Geld-
ersparnis.
**Selbstrasieren
ein Vergnügen.**
Apparat mit Abziehh. 20 M.
Apparat mit Abziehalter.
in Etui, Nr. 71, 41 M.
Apparat mit Abziehalter,
echt Leder-Streichriemen
in Etui No. 91 u. echter Mul-
cuto-Rasierseife 69 M.
Durch die Geschäfte oder
portofrei direkt durch
**MULCUTO-WERK
SOLINGEN.**
Versand täglich!
Wiederverkäufer gesucht.

**Ankauf
Juwelen**
zum heutigen hohen Kurse
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9

**Große, sehenswerte
Möbel-
Ausstellung**

**Speisezimmer, Herren-
zimmer, Schlafzimmer
Wohnzimmer, Wohn-
salons, Dielen, Küchen
usw. usw.**

Besichtigung lohnend u. erwünscht

Verkauf zu sehr soliden Preisen.
Echte Perler und deutsche
Teppiche, Echte Krittalle, Por-
zellane, Kronen, Klübbel u.
Sofas in Leder und Gobelin.
:: Kunstmöbel aller Art. ::

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C. Dirckensstraße 31
am Bahnhofs Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

Baustellen
Parzellen mit und ohne Waldbestand
Ge- Heiligensee am Schulzendorf
meinde Bahnhof
beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
M. 800
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
M. 100
Auskünfte und Pläne an nur erste Reflektanten
und zwar persönlich durch
Berliner Bodenverein
Mittelstr. 56, Ecke Friedrichstraße.
An Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 6
und Herrn Wernecke.

Werkzeugmaschinen
neu und georäucht



Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel in verschiedenen Größen
Bohrmaschinen für Kraft- und Fußbetrieb,
Fräsmaschinen, horizontal, vertikal und universal.
Revolverbänke in verschiedenen Größen,
Exzenter- und Fraktionspindel-Pressen,
Schraubautomaten,
Rundschleifmaschinen, universal,
Mechanikerbänke und so weiter
verkauft preiswert ab Lager
Felix Kohls, Berlin S 14,
Alte Jakobstr. 60.
Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12073.

Stellenangebote
Berlin. Maschinenbau-
Aktien-Ges.
vorm. L. Schwartzkopff
Widau,
stellt sofort ein
Kesselschmiede
für Lokomotivkessel-
bau, insbesondere
Verstemmen und
Kesselschmiede für
Lokomotivkessel-Re-
paratur. 130/13

Wir suchen einen tüchtigen,
möglichst unerschrockenen
Bahnunterhaltungsarbeiter
(Rottenführer) zum sofortigen
Antritt. 61/11
Zuckerfabrik Nauen.

**Tüchtige,
selbständig arbeitende
Bohrwerks-
dreher**
für
große Zylinder-
arbeiten
sollt sofort ein
Lokomotivfabrik
**Schwartzkopff,
Widau. 130/14**

Spezialist
für Herstellung und Einrich-
tung feinstenmechanischer Schleif-
Spalte- und Schlitzwerkzeuge
wird gesucht. 702D
Heinze & Blandert,
Berlin N.O. 43,
Georgenstraße 44.
Sollt deutsche Stahlwerkfabrik.

**Hoher
Nebenverdienst**
wird Herren zugesichert, welche
in größeren Betrieben tätig sind,
für den Verkauf von erfindlichen
Werkzeugen von hervorragender Be-
deutung. Jedes Räuber!
Geschäft Briefe unter H. 943
an Rudolf Mosse, Berlin W. 30,
Martin-Guthner-Straße 9. 161/1

Kesselschmied, Schlosser
1. Werkstat. u. vorkommende Transportarbeiten
sucht 690D
Hans Ströh, Borsigwalde,
Mühlenstraße 3-10.

1 Kurbelwellenschleifer
sowie 2 Rund- und Lochschleifer
werden verlangt. Meldungen im Einstellungs-bureau
Nationale Automobil-Gesellschaft, Akt.-Ges.,
Berlin - Oberschöneweide, Ostendstraße 15.

Hausangeheu aller Art. Umarmt, Wasch- und Schm-
arbeiten. Maschinen erhalten jederzeit
tolerantes gute Stellen
Berlin-
haus bei
Polshaus auf dem Wintterfeldplatz. 8-12 Uhr.
0425

Weitere Wahlergebnisse.

Das amtliche Wahlergebnis aus dem 18. Wahlkreis Thüringen (Sachsen-Thüringen) ist nunmehr festgestellt. Es ergaben: Sozialdemokraten (Reichsliste) 2 Sitze bei 42 567 Stimmen, Unabhängige (Wohlf.) 5 Sitze bei 24 527 Stimmen, Deutschnationale (Gräf) 1 Sitz bei 31 194 Stimmen, Demokraten (Wäumer) 1 Sitz bei 28 026 Stimmen, Kommunisten (Reichsliste) keinen Sitz bei 20 280 Stimmen, Thüringer Landbund (Döberitz) 5 Sitze bei 56 531 Stimmen, Zentrum (Poppe) keinen Sitz bei 48 472 Stimmen, Deutsche Volkspartei (Reichsliste) 2 Sitze bei 27 484 Stimmen.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis des Wahlkreises 9 (Sachsen) sind dort im ganzen 573 150 gültige Stimmen abgegeben worden, davon Sozialdemokraten 184 531 (3 Sitze), Reichslisten 4581; Unabhängige 60 006 (1 Sitz), Reichslisten 5; Demokraten 72 632 (1 Sitz), Reichslisten 12 682; Deutschnationale 118 181 (1 Sitz), Reichslisten 58 181; Zentrum 51 576 (keinen Sitz); Volksparteiler 78 729 (1 Sitz), Reichslisten 18 729; Kommunisten 5567 (keinen Sitz); Laubler Volkspartei 1550 (keinen Sitz).

Im Wahlkreis Breslau ist das amtliche Ergebnis wie folgt: Abgegebene endgültige Stimmen 833 501. Es haben erhalten Deutschnationale 161 203, Deutsche Volkspartei 97 369, Demokraten 565 663, Zentrum 177 085, Mittelstandspartei 11 970, Sozialdemokraten 3 17 879, Unabhängige 58 639. Es sind gewählt: Deutschnationale Volkspartei 2, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 2, Sozialdemokraten 5 Sitze. Durch die Vereinigung der Reichslisten aus dem Wahlkreis Breslau und Bismarck ergibt sich für die Demokraten 1 Sitz im Wahlkreis Breslau, für die Deutschnationalen ein weiterer Sitz im Wahlkreise Bismarck.

Das Wahlergebnis für den Kreis Köln-Aachen ist das folgende: Zentrum 448 250, Christliche Volkspartei 26 519, Deutsche Volkspartei 77 498, Deutschnational 88 933, Demokraten 84 907, Sozialdemokraten 170 927, Unabhängige 70 630. Das Zentrum erhält 7, die Sozialdemokraten 2, die U. S. P. 1, die Deutsche Volkspartei 1 Mandat.

Schwere Zusammenstöße bei Krupp.

Ossen, 10. Juni. WZ. Am 9. Juni nachmittags zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Krupp'schen Friedrich-Werke-Hütte in Rheinhausen und suchten von der Verteilung sofortiger Löhne von Lohnern und Zuschlägen zu erzwingen. Die Verwaltung erklärte, hierüber nur mit dem Betriebsrat als der geschäftlichen Vertretung der Arbeiterschaft verhandeln zu können. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angewachsen und legte nach einigen Neben ihrer Führer sofort das gesamte Werk still. Arbeitswillige wurden aus den Werkstätten vertrieben. Die Ausführung von Reparaturarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich-Werke-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft liegt seitdem völlig still. Keinerlei Reparaturarbeiten werden verrichtet.

Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt und vermochte bisher wenig Einfluß auf die Tumultanten auszuüben. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen, denn infolge des plötzlichen Ausbruchs des Tumults und der gewaltsamen Verhinderung der wichtigsten Reparaturarbeiten konnten ausreichende technische Vorbereitungen, wie sie beim Stilllegen von Hütten üblich sind, nicht getroffen werden. Daher ist auch, wenn die Hütte wieder zum Arbeiten kommt, eine Inbetriebnahme im alten Umfang auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich. Eine Störung der übrigen Krupp'schen Werke, die von Rheinhausen über Koblenz beziehen, und der von ihnen wieder belieferten weiterverarbeitenden Betriebe wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultuarische Störung in Rheinhausen anhält.

Inzwischen haben die Arbeiter eingesehen, daß sie auf diese Weise nur sich selbst und die Allgemeinheit schädigen; sie haben die Arbeit wieder aufgenommen, so daß nun verhandelt wird. Die Arbeiter sollten aber mit den Vorkämpfern abklären, die sich reichlichen Lohn der Ruhestörer des Volkswirtschafts verdient haben.

Die Besatzungsbehörde hatte die Kamhaftmachung der Führer verlangt. Das hat vielleicht zur Beendigung des Streiks beigetragen.

Zunkererpressung.

Zwischen dem kommissarischen Landrat des Kreises Reusfeldt, Genossen Pöschel, und dem in der Wehrzeit deutschnationalen Kreisrat ist ein Konflikt ausgebrochen. Der frühere Landrat, der Erzherrenhäusler v. Herzberg-Lottin niegelt Amts-, Gut- und Gemeindevorsteher zum Streik auf, um die Abänderung oder Abberufung des kommissarischen Landrats Pöschel zu erzwingen. In einer öffentlichen Erklärung stellt v. Herzberg es außerdem noch so dar, als ob heutzutage Landräte nicht von der Regierung auf dem gesetzlichen Wege, sondern von der Sozialdemokratie mit Gewalt eingesetzt würden.

Dazu erklärt die „Dona“ von zänkender Seite: Die Preussische Staatsregierung erneuert nach pöschel'schen Ermessen und nach Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse die kommissarischen Landräte. Sie wird sich von der Wahrnehmung dieses ihres Rechtes auch durch keinerlei Drohungen oder ungesetzliche Gewaltmaßnahmen beeinflussen lassen. Selbstverständlich bleibt das Recht der Kreisräte, vor der endgültigen Ernennung eines Landrates das Vorschlagsrecht auszuüben, gewahrt. Beschwerden gegen Beamte wird die Regierung nach wie vor auf das objektivste prüfen und sie hat infolgedessen auch in der vorliegenden Sache umgehend Bericht eingefordert.

Er weiß von nichts . . .

Mit dem Valentinstag gedämmt, flattert uns ein Briefbogen des „Deutschen Herold“, Vereinigung der Leser und Anhänger der Deutschen Zeitung“, auf den Tisch. Unterzeichnet ist der Brief von Herrn Werner von Helmburg, von dem einer der in der „Freiheit“ abgedruckten und von uns zitierten Spieglbriefe stammen sollte. Herr Helmburg versichert, daß er weder jenen Brief geschrieben habe, noch sonst etwas von der Sache wisse. Die Herren Reich und von Seckhoff seien ihm völlig unbekannt, und er habe von dem angeblichen Brief erst durch die „Freiheit“ erfahren.

In der „Freiheit“ finden wir eine Verächtlichung noch nicht, nehmen aber an, daß sie als Quelle des Spieglbriefes die Echtheit in genügender Weise nachweisen wird.

Ordenssegner bei der Post.

Man schreibt uns: In letzter Zeit wird an einige Beamte der Postverwaltung das Eiserne Kreuz II am weiß-schwarzen Bande verliehen. Der Grund der Verleihung ist nicht ersichtlich. Mit der Verleihung von Orden usw. schaffen wir nicht anständige Menschen, sondern man erzielt dadurch nur Schmarotzer. Wir können unter schwergeprüften Volk nur vorwärts bringen, wenn sich der verführende Geist des Sozialismus Bahn bricht, der allen Menschen das Recht auf Arbeit und eine Daseinsberechtigung sichert.

Sind alle Vorgesetzten von diesem Geiste durchdrungen, dann sind Titel und Ordensauszeichnungen jetzt und in Zukunft überflüssig.

Moskau gegen R. A. P. D.

Keine Gnade für Lauffenberg.

Stockholm, 11. Juni. In einer Erklärung der Moskauer kommunistischen Internationale wird über das Verhältnis zu den deutschen Kommunisten ausgeführt: Die deutsche kommunistische Arbeiterpartei hat in allen tatsächlichen Fragen mit der kommunistischen Internationale sich in Widerspruch gesetzt. Das Ersuchen der Partei um Aufnahme in die kommunistische Internationale wurde von dem Hauptauschuß dahin beantwortet, die Partei könne Zutritt erhalten, wenn sie sich verpflichtet, sich allen Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen und vorher die nationalkatholisch gesinnten Gegenrevolutionäre aus der Partei ausschließt.

Vergewaltigung deutscher Volksgenossen.

Studentischer Verfassungsbruch.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: In scharfem Gegensatz zur Reichsverfassung (Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger) stellten sich die Studierenden der Technischen Hochschule Hannover, indem die Petitionen in ihrem Uebermut durch schriftliche Abstimmung mit 1255 gegen 608 Stimmen beschlossen, die deutschen Studenten jüdischer Abstammung vom „Allgemeinen Studentenverband“ auszuschließen. Damit haben sie den vom Studentenverband gewählten „Allgemeinen Studentenausschuß“ (AStA), der eine Behörde spielen wollte, zu einem „Verein antisemitischer Studenten“ degradiert. Der Beschluß ist auf die vorhergegangene maßlose Geze des „Deutschböllischen Schütz- und Trugbundes“ zurückzuführen, der in den jungen, unreifen Hühnern der deutschen Hochschulen von Anfang an den meisten Anhang fand. Das sind die Deutschen, die sich zu Führern des deutschen Volkes berufen wännen! Der Rektor der Technischen Hochschule Hannover hat bereits die Anerkennung eines „AStA“, der nicht von allen deutschen Studenten gewählt ist, abgelehnt.

Französische Strafmaßnahmen.

Bürgermeister Dr. Gelfler in Gleiwitz erhielt von dem französischen General den Auftrag, über die Vorgänge von Donnerstag nacht auf der großen Mühlstraße seinen Bericht nach Berlin zu erstatten, ferner die Genehmigung einer zur Freitag einberufenen Massenversammlung im Stadtpark, in der energischer Protest gegen das Gebahren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erteilung eines solchen Verbots die Franzosen allein nicht befugt seien, vielmehr eine Entschliebung der Alliierten, wozu auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gehörten, erforderlich sei. Er ist deshalb seines Amtes enthoben worden. Leiter der Stadtgemeinde ist, da der Oberbürgermeister noch beurlaubt ist, Stadtrat Jeemel.

Vom französischen Kriegsgericht in London (Pfalz) wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Behörden eine Verleumdung erdichteten, nachstehende Angeklagte verurteilt: Fritz Blasius, Verleger des „Koblenzer Tageblatt“ in Koblenz, zu 10 000 M. Geldstrafe, Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung, zu 8000 M. Geldstrafe, Buchdruckerbesitzer und Verleger des „Koblenz-Anzeigers“ Ad. Thieme zu einem Monat Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Karl Müller vom „Koblenz-Anzeiger“ zu 1000 M. Geldstrafe, Friedrich Vortz, Verleger des „Koblenz-Anzeigers“ in Odenheim am Main, zu 1000 M. Geldstrafe.

Umgekehrter Kollerkurs.

Der Generalausstand hat sich in Sibirien auch auf die Zeitungsbetriebe ausgedehnt, so daß Zeitungen nicht mehr erscheinen.

Die Internationale Kommission hat neuerdings zehn Streikende aus Sonderburg und Umgebung ausgewiesen und nach Pflandburg geschickt. Ihre Familien erhielten Befehl, bis zum Sonntag das Gebiet der ersten Zone ebenfalls zu verlassen.

Die Stadtverordneten von Sonderburg lehnten mit 18 gegen 8 Stimmen einen dänischen Antrag auf Bewilligung von 20 000 Kronen für die Ausschmückung der Stadt anlässlich des Besuchs des dänischen Königs ab.

Innere Ententesorgen.

Amsterdam, 11. Juni. (WZ) Im englischen Unterhause sagte Lloyd George auf eine Frage: Die Schwierigkeiten, die zwischen Polen und der Tschechoslowakei entstanden sind, werden augenblicklich von der Vorkonferenz in Paris aufmerksam geprüft. Die Vorkonferenz ist in Verbindung mit den Vertretern beider Staaten. Die tschechoslowakische Regierung hat auch die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf den Streikfall gelenkt. Auf jeden Fall wird die englische Regierung alles tun, was in ihren Kräften liegt, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die Umstände sind unglücklich, aber ich habe die beste Hoffnung auf eine glückliche Lösung. Es sei unglücklicherweise richtig, daß die Ansicht der polnischen Regierung einerseits und der Bürger von Danzig andererseits über die angemessene Auslegung der Artikel 100 bis 108 des Friedensvertrages weit auseinandergehen. Sir Reginald Tower bemüht sich, eine Grundlage für eine Einigung zu finden. Lloyd George fügte hinzu: Nach Artikel 104 des Versailler Vertrages hätte die Entente die korrekte Auslegung des Vertrages zu regeln.

Polnischer Sieg!

Warschau, 11. Juni. (Deutsch-Polnischer Pressedienst.) Im polnischen Heeresbericht vom 10. Juni heißt es: Die am 10. Mai begonnene große Schlacht an der Verejina, die von beiden Seiten mit ungeheurer Kräfteanstrengung geführt wurde, ist mit unserem endgültigen Siege abgeschlossen worden. Der Feind, der vor der Front der Armee des Generals Soenkowski neun Infanteriedivisionen konzentriert hatte, bemühte sich, am 8. Juni auf neuem Wege in seine Hände zu geraten, und führte alle seine verfügbaren Kräfte zum Angriff heran. Es entwickelten sich blutige und hartnäckige Kämpfe, hauptsächlich auf dem Abschnitt der 8. Infanteriedivision und des Generals Zeligowski. Während dieser Kämpfe wechselten einzelne Ortschaften mehrere Male ihren Besitzer. Endgültig war der Gegner schon am 8. d. M., abends, auf der ganzen Linie abgewiesen. Am 9. Juni gingen unsere Truppen zum Angriff über und schlugen entschlossen das Gros der feindlichen Kräfte, das auf die Linie des Flusses Ruta zurückgeworfen wurde. Es wurden bisher über 300 Gefangene und 57 erbeutete Maschinengewehre gezählt.

Bisubski konfliktiert. Die „Soldauer Zeitung“ ist durch die polnischen Behörden auf acht Tage verboten worden. Das Verbot ist deshalb ausgesprochen worden, weil das Blatt den von W. Z. W. verbreiteten polnischen Heeresbericht veröffentlicht hat.

Die Krise in Oesterreich.

Wien, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Präsident Seig hat den Rücktritt des Kabinetts Renner angenommen und es mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte betraut.

Im Hauptauschuß der Nationalversammlung, der abends zusammentrat, erklärte Dr. Bauer namens der Sozialdemokraten, es sei Sache der bürgerlichen Mehrheit, die sich in der Donnerstagssitzung der Nationalversammlung gegen die bisherige Regierung zusammenschließen und dadurch die Krise unmittelbar aufgelöst habe, eine neue Regierung zu bilden; daher müsse es den bürgerlichen Parteien überlassen bleiben, denjenigen namhaft zu machen, der Vorschläge über die Neubildung der Regierung zu machen habe. Der Sozialdemokratische Verband sei an der Wahl der Parteien nicht interessiert.

Demgegenüber stellte Dr. Weiskirchner namens der Christlichsozialen an den Präsidenten die Anfrage, ob er nicht geneigt wäre, die Führer der drei Parteien zu hören.

Der Präsident hat für Sonnabend vormittag die Führer der drei Parteien zu sich geladen.

Wien, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Lösung der Regierungskrise schließlich erfolgen wird, läßt sich im Augenblick schwer voraussagen. Sicher ist vorläufig nur, daß der Konflikt zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten sich im Laufe des heutigen Tages wesentlich verschärfte. Die Christlichsozialen haben sich vormittags in einer Resolution auf die Forderung der Zurückziehung jener Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für das Heerwesen Gen. Deutsch festgelegt, die unmittelbar zu dem schweren Zusammenstoß mit den Sozialdemokraten in der Nationalversammlung geführt hatte. Andererseits lehnen die Sozialdemokraten bis in die Reihen ihrer äußersten Rechten jede weitere Konzeption an die Christlichsozialen ab und wollen es ruhig darauf ankommen lassen, daß diese versuchen, einmal ohne die Sozialdemokraten oder gar gegen sie zu regieren. Ein solcher Versuch wäre vollständig aussichtslos. Darum ist auch so wenig von einer Koalition der Christlichsozialen mit den sogenannten Großen der Rede, einer Koalition, die in der Nationalversammlung rein ziffernmäßig zwar eine kleine Mehrheit hätte, sich aber sehr rasch als ganz und garnicht tragfähig erweisen würde. Auch von einer Auflösung der Nationalversammlung und von Neuwahlen wird kaum gesprochen. Wissen doch die Christlichsozialen, daß Neuwahlen in den nächsten Wochen gerade dem so starken agrarischen Teil ihrer Anhänger nicht weniger als willkommen wären. Immer wieder erörtert wird aber die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Koalition auf einer neuen Grundlage. Diese wäre allerdings nur in einem bestimmt abgegrenzten Arbeitsprogramm, über dessen Durchführung bindende Abmachungen getroffen werden müßten, gegeben. Es scheint nicht, daß die Sozialdemokraten wesentliche Einwendungen gegen eine Änderung in der Besetzung verschiedener leitender Regierungsstellen erheben würden, vorausgesetzt, daß damit nicht eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Regierung einleiten würde. Aber für völlig ausgeschlossen erklären es alle maßgebenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie, daß eine solche Änderung sich auch auf das Ressort des Staatssekretärs für Heerwesen erstrecken dürfte, weil die Sozialdemokraten nicht gesonnen sind, in der prinzipiellen Frage, die von den Christlichsozialen durch den Angriff auf den Staatssekretär Deutsch aufgebrochen worden ist, auch nur um ein Jota nachzugeben. Wie es heißt, würden es die Christlichsozialen nicht ungern sehen, daß Otto Bauer in einem neuen Koalitionskabinet die Kanzlerstelle übernehme. Die Motive sind natürlich sehr durchsichtig. Die Christlichsozialen hoffen einfach, auf diese Weise einen Teil der politischen Kraft Bauers, die ihnen, seit er außerhalb des Kabinetts steht, oft doppelt unangenehm wurde, zu „neutralisieren“.

Wie die Dinge liegen, ist in den nächsten Tagen die Lösung der Krise kaum zu erwarten; denn es ist nicht anzunehmen, daß die Christlichsozialen so rasch bereit sein werden, wie sehr sie sich diesmal wieder betraunt haben. Die Sozialdemokraten können aber ruhig warten. Sie sind fest entschlossen, unter keiner Bedingung einen Zustand weiterbestehen zu lassen, in dem die Christlichsozialen zwar alle Vorteile ihrer Zugehörigkeit zur Koalition in Anspruch nahmen, aber sich nicht abstellen wollten für berechtigt hielten, die Politik des Kabinetts, dem ihre Vertrauensmänner angehörten, als ausschließlich sozialdemokratische Parteipolitik zu bekämpfen!

In Graz haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und des Landrates, der Bürgermeister und die sozialdemokratischen Stadträte ihre Mandate niedergelegt, weil ihre Forderung nach Entfernung des Gendarmeriekommandanten, den sie für die letzte Schieberei verantwortlich machen, nicht erfüllt worden ist.

Es wurden damals 11 Personen getötet. Seitdem wurde das Standrecht verhängt und Truppenverpflichtung herangezogen.

Salzburg wünscht Anschluss.

Der Landtag von Salzburg beauftragte den Landrat, den Anschluss an Deutschland bzw. an Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Es wurde getrennt abgestimmt. Die Worte „bzw. an Bayern“ bildeten einen zweiten Antrag, der ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die Sozialdemokratische Partei kennzeichnete ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluss der ganzen Republik an das Deutsche Reich sei und nicht für den Länderweisen Anschluss eintrete.

Kritische Lage in Albanien.

Abkommen zwischen Essad Pascha und Süd-Slawen gegen Italien?

Rom, 11. Juni. Ein Telegramm aus Valona an den „Temps“ vom 9. Juni bezeichnet die dortige Lage als unverändert. Die Stadt sei von Rebellen umzingelt, die bis auf zwei Kilometer herangekommen seien und die von den italienischen Truppen verteidigten Stellungen besetzt hätten. Der italienische Befehlshaber habe Verteidigungsstellungen anlegen lassen.

„Temps“ fügt hinzu, daß zwischen Essad Pascha und der Belgrader Regierung ein Abkommen zustande gekommen sei; nach diesem wolle Essad Pascha seinen ganzen Einfluß in Albanien für Süd-Slawen einsetzen, das seinerseits die Unabhängigkeit Albaniens schützen und Essad Pascha zum Gouverneur auf Lebenszeit ernennen würde. Nach Essads Ableben würden seine Rechte auf den albanischen Thron auf Süd-Slawen übergehen.

Am Genf. Gegen den Genfer Kongreß hat sich auch die tschechische Sozialdemokratie entschieden. Dagegen haben Holland und Dänemark ihre Beteiligung erklärt.

Gewerkschaftsbewegung

10. Verbandstag der Deutschen Buchdrucker.

Nürnberg, 10. Juni.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält in der Woche des 14. Juni seine 10. ordentliche Generalversammlung in Nürnberg ab.

Der Mitgliederstand hat sich im Berichtsjahr um 20 861 Mitglieder gehoben und damit bis auf eine geringe Differenz den Stand erreicht, der zu Beginn des Krieges vorhanden war. (In der Vorkriegszeit waren schon 90 Prozent der Gehilfenschaft gewerkschaftlich organisiert.) Am 31. Dezember 1919 konnte der Verband einen Mitgliederstand von 70 428 registrieren. Die durch den Krieg herbeigeführten Grenzverschiebungen haben auch bereits zu beträchtlichen Verlusten auf organisatorischem Gebiete geführt. So ist am 1. Juli 1919 der bisherige Gau Elb- und Ostpreußen aus dem Verbande ausgeschieden; der Uebertritt in den mit dem deutschen Bruderverband in Gegenseitigkeit stehenden französischen Verband ist damit gleichzeitig vollzogen worden.

Das Vermögen des Verbandes belief sich bei Abschluß des Berichtsjahres Ende März 1920 auf 13 043 039,07 M.

Während der Berichtszeit mußte der Verband einen harten Kampf mit den Unternehmern führen, um die Löhne der Gehilfenschaft der sprunghaftesten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse einigermaßen anzupassen.

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist sehr umfangreich, so daß die Tagung länger als eine Woche dauern wird. Vor allem wird sich der Verbandstag mit den durch die Verhältnisse heraufbeschworenen Tagesfragen zu beschäftigen haben. Er wird Richtlinien aufstellen müssen, nach denen in nächster Zeit zu arbeiten sein wird; ferner wird er die notwendig gewordenen Veränderungen auf organisatorischem und tariflichem Gebiete, dann auch auf dem Unterrichtsgebiet vorzunehmen haben.

Besondere Beachtung verdient der dritte Tagesordnungspunkt: Lage auf dem Tarifgebiete, Aufhebung oder Umgestaltung der Tarifgemeinschaft. Zu diesem Punkte liegen zahlreiche Anträge vor. Ein Antrag verlangt, an Stelle der bisher betriebenen Lohn- und Tarifpolitik, weil hierdurch die Grundverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit nicht geändert würden, die Gemeinwirtschaft. Ein anderer Antrag verlangt eine grundsätzliche Wenderung des Lohnsystems. Von dem künftigen Reichswirtschaftsamt sollen baldmöglichst in ganz Deutschland einheitliche Grundlöhne für gelernte und ungelernete Arbeiter unter Anpassung der jeweiligen Teuerungsverhältnisse für jedes Vierteljahr angelehnt festgelegt werden. Die Lohnsätze der einzelnen Berufe sollen dann nur noch das prozentuale Verhältnis zu den Grundlöhnen und berufliche Einzelheiten regeln. Weiter wird in diesem Antrage grundsätzlich eine allgemeine Beteiligung der Arbeiter am Betriebsgewinn gefordert, weil eine solche der sicherste und zuverlässigste Regulator für die Lohn- und Preisbestimmung sei. Andere Anträge verlangen die sofortige Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Ein anderer sehr wichtiger Tagesordnungspunkt ist der Zusammenbruch der graphischen Organisationen. An Stelle des jetzt bestehenden Graphischen Bundes soll ein einheitlicher graphischer Industrieverband mit zentralgewerkschaftlicher Grundlage entstehen. Weiter wird in einem Antrage verlangt, beim Gewerkschaftsverband Einfluß dahin geltend zu machen, daß die in der Jetztzeit überholten Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmerverbänden wieder aufgelöst werden. — Wir werden über die Verhandlungen des Verbandstages berichten.

Lohnbewegung der Saarbergarbeiter.

Zwischen den Bergarbeitern im Saargebiet und der französischen Bergverwaltung sind die schon lange andauernden Lohnverhandlungen abgebrochen worden, und es drohte die Gefahr eines Streiks. Man erwartete im Saargebiet allgemein von der Regierungskommission, daß sie hier vermittelnd eingreifen werde, und das hat sie jetzt auch getan. Auf Einladung der Regierungskommission fanden zwischen den Vertretern der beiden Bergarbeiter- und der beiden Metallarbeiterverbände einerseits und der Regierungskommission andererseits Verhandlungen über die Streitfragen statt, die die Streitsache hervorgerufen haben. Der Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes wies ausdrücklich auf die gespannte und unruhige Stimmung im Revier hin und ließ durchblicken, wenn die französische Bergverwaltung nicht nachgibt, sei eine Katastrophe unausbleiblich. Am misgünstigsten sind die Bergarbeiter über die Lohnunterschiede zwischen sogenannten Schichtlöhnern und eigentlichen Bergarbeitern. Nach mehrwöchiger Verhandlung vertraten die Vertreter der Saarregierung, sich nachdrücklich für die Bergarbeiter einzusetzen zu wollen, soweit es in ihrer Kraft stünde. Sie wollten darauf hinwirken, daß die Verhandlungen zwischen der französischen Bergverwaltung und den Bergarbeitern wieder aufgenommen werden.

Ende des Kopenhagener Hafenarbeiterstreiks.

Nach einer Drahtmeldung aus Kopenhagen ist der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute am Freitag beendet worden, nachdem die Verhandlungen der beteiligten Arbeiterorganisationen mit den Unternehmern zu einer Einigung über die gestellten Forderungen geführt haben.

Ende des Friseurstreiks.

Da die letzten Verhandlungen die Grundlage für den Abschluß eines Tarifvertrages gegeben haben, empfahl die Streikleitung den Streikenden, unter Wahrung ihrer Interessen die Arbeit heute Sonntag früh wieder aufzunehmen. Zwei sehr hoch besuchte Versammlungen der Streikenden stimmten gestern Abend diesem Antrage zu. Die Streikleitung wurde beauftragt, auf Grund des Verhandlungsergebnisses einen Tarifvertrag mit dem Interessenverband der Arbeitgeber abzuschließen.

Der Streik beim Norddeutschen Zement-Verband erfolgreich beigelegt.

Der Streik beim Norddeutschen Zement-Verband, Mühlenstr. 65, ist beigelegt. Ein neuer Besitzer hat den Betrieb übernommen und erklärte sich sofort zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages bereit. Die Verhandlung ergab, daß die Arbeitnehmer die Arbeit sofort wieder aufnehmen konnten. Der Lohn wurde auf folgender Grundlage festgelegt: Die Arbeitnehmer erhalten rückwirkend für den Monat April 80 M. pro Mann nachgezahlt. Der Stundenlohn beträgt für Monat Mai 5,75 M., für Juni 5,85 M., für Juli, September bis Oktober 5,90 M., ab 1. November d. J. 6.— M. Die drei Streiktage vergütet die Firma. Ferner erhalten alle Arbeitnehmer 3 Wochen Ferien. Die Verhandlungen über den Gesamttarif gehen weiter.

Lohnbewegung der Angestellten der Berliner Handwerkskammer.

Die Angestellten der Handwerkskammer befinden sich schon seit längerer Zeit in einem scharfen Lohnkampf. Der Betriebsrat hat sich die eifrigste Mühe gegeben, den Angestellten eine bessere Befoldung zu verschaffen, aber der Vorstand der Handwerkskammer, und vor allem Dingen der Präsident, Ehrenobermeister C. Mahardt, früherer konservativer Landtagsabgeordneter, jetzt Mitglied der Demokratischen Partei, hat bisher eine Aufbesserung mit der Begründung abgelehnt, es sei dazu kein Geld vorhanden. Die Angestellten haben nur das Versprechen bekommen, daß sie nach der Reichsbesoldungsreform befördert werden sollen. Von dem Versprechen konnten sich nicht die Angestellten nicht leben. Der Vorstand läßt sich auf direkte Verhandlungen gar nicht ein, trotzdem diese durch das Betriebsrätegremium vorgeschrieben sind, sondern der Betriebsrat ist nur dazu gekommen, schriftliche Anträge zu stellen, die der Vorstand in vertraulicher Sitzung einfach abgelehnt hat.

Die 41 Angestellten, darunter mehrere Verheiratete mit Kindern, beziehen noch heute Hungergehälter von 200—540 M. monatlich (Stundenlöhne von 1—2,70 M.), nur fünf Angestellte beziehen ein wenig mehr, und zwar 583 bis 666 M. (Stundenlohn von 2,91 bis 3,33 M.)

Der Betriebsrat hat sich jetzt an den Schlichtungsausschuß gewandt, wo am Sonnabend, den 5. Juni d. J., die erste Verhandlung stattfand. Diese Verhandlung endigte mit einer Vertagung. Den Parteien wurde aufgegeben, innerhalb drei Tagen in Verhandlungen zu treten, um den Reichstarif für die Angestellten in Anwendung zu bringen. Wir halten es für erforderlich, daß die Aufsichtsbehörde der Handwerkskammer, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, dem Vorstände der Handwerkskammer sofort Anweisung gibt, die nach dem Reichstarif festgesetzten Gehälter an die Angestellten auszuführen.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Sperre bei der Berlinischen Rodengesellschaft ist aufgehoben. Die Firma hat durch den Verband der Baugeschäfte erneut Anweisung erhalten, daß gemäß den Bestimmungen des Tarifvertrages Akkordarbeit für Maurer im Geltungsbereich Groß-Berlin unzulässig sei. Nachdem die Firma erklärt hatte, sich nunmehr den Anweisungen fügen zu wollen, wurde die Sperre aufgehoben. — Die über die Siedelungsgesellschaft Lichtenrade verhängte Hausperre dauert fort. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.

Rechtsverbindliche Tarifverträge.

Der zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, und der Arbeitgebergruppe der Gesellschaft für Chirurgiemechanik (Verband für Chirurgiemechanik & Co.) am 23. Dezember 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter ist mit Beginn des 15. Februar 1920 für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht nur auf die Be-

triebe der dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.

Desgleichen ist der zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels und der Tarifverhandlungskommission der Lederwirtschaft des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes am 12. Februar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Januar 1920 für allgemein verbindlich erklärt.

Die Allgemeinverbindlichkeit des zwischen dem Arbeitgeberverband der Fabrikanten von Mäusen, Kofflämmen und verwandten Artikeln in Berlin, dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin, am 5. Februar 1920 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemeinen verbindlichen Tarifvertrag vom 25. April 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Plätterinnen in der Mäusen- und Kofflämmfabrikation beginnt mit dem 1. Februar 1920.

Der zwischen dem Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, und dem Verband der Berliner Kohlenhändler am 25. März 1920 abgeschlossene Vertrag zu dem allgemeinen verbindlichen Tarifvertrag vom 12. Mai 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Kohlenhandelsgewerbe beschäftigten gewerblichen Arbeiter ist vom 1. April 1920 allgemein verbindlich.

Der gleichfalls zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der Verbandsmitarbeiter abgezeichnete, vom 1. Februar 1920 an gültige Tarifvertrag ist an Stelle des allgemeinen verbindlichen Tarifvertrages vom 12. August 1919 für allgemein verbindlich erklärt. Beginn 1. Februar 1920.

Parteinachrichten.

Ausschluß aus der Partei.

Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins für Berlin hat der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D. am 7. Juni das bisherige Mitglied der Partei A. Kiebeling, Berlin NW 21, Prigwallstr. 1, aus der Partei ausgeschlossen.

Kiebeling, der sich besonders in der „Zentralstelle zur Einigung der Sozialdemokratie“ bemerkbar machte, hat durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse seiner Parteiorganisation das Parteinteresse dauernd geschädigt, besonders auch während des Wahlkampfes in Wählerversammlungen offen gegen die Kandidaten der Partei Stellung genommen und zur Wahl der unabhängigen Kandidaten aufgefordert.

Sport.

Der Trainer und Jockey-Verein hat zu dem Fall „Mein Liebling“—„Baldu“ einstimmig nachfolgende Resolution gefaßt: „Der Trainer- und Jockey-Verein legt gegen die im Wochen-Kennis-Folender Nr. 39 vom 3. d. M. veröffentlichte Besanntmachung der Obersten Rennbehörde bezüglich der Wohlthätigkeitsrennen auf der Hoppengarten Rennbahn am 15. Mai d. J. entschieden Verwahrung ein. Insbesondere protestiert der Verein gegen die darin zum Ausdruck gekommene befreundliche Auffassung, als habe sich der Vorsitzende des Trainer- und Jockey-Vereins, Trainer G. Keller, im Lehrdort-Rennen etwas Ehrenrühriges zuschulden kommen lassen, indem er das Pferd „Baldu“ unter dem Pseudonym „Mein Liebling“ laufen ließ. Von einer groben Irreführung der am Rennen teilnehmenden Ställe, Reiter und des Publikums, wie es in der Besanntmachung dargestellt wird, kann absolut nicht die Rede sein, da es den Trainern gemäß einer getroffenen Vereinbarung innerhalb des Vereins ausdrücklich freigestellt war, Pferde unter anderem Namen zu starten, und es sich überdies um nicht-öffentliche Rennen ohne Totalisatorbetrieb handelte. Von der Erlaubnis, Pferde unter Pseudonymen laufen zu lassen, wurde denn auch von mehreren Vereinsmitgliedern Gebrauch gemacht. Als glatte Erfindung aber muß die Behauptung zurückgewiesen werden, daß „Baldu“ auch unter falschem Gewicht gelaufen ist. Der Trainer- und Jockey-Verein hat im übrigen mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Union-Klub die Hergabe seiner Bahn dem Jockey-Verein machen will, daß der Verein seinen Vorsitzenden zur Niederlegung seines Amtes zwingt. Hierzu liegt aber bei ehelicher Würdigung der Tatsachen keinerlei Veranlassung vor, und der Verein bittet daher Trainer Keller, auch weiterhin die Geschäfte des Vereins zu führen.“

Ein neuer Rekord im Totalisatorumsatz erzielte Brunwald am Dienstag, wo derselbst 8 610 050 M. umgesetzt wurden. — Der letzte Karlsruher Renntag brachte einen Totalisatorumsatz von 4 093 175 M.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Bissig trocken, noch wärmer, bei schwachen südöstlichen Winden.

Berichte für den rebalt. Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiese, Berlin. Verlag: Schmidt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Verlag u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Etage 1. Auflage.

Konsum-Genossenschaft

Eingetragene Genossenschaft

140 Lebensmittel-



Berlin und Umgegend

mit beschränkter Haftpflicht

Verteilungsstellen

Tee + Kaffee
Kakao
billiger

Marmelade

la Qualität, eingekocht mit 50 Proz. Zucker, Pfd.

3,70

Feinster Himbeersaft

(aus der Tschecho-Slowakei) mit 60 Proz. Zucker eingekocht

8,75

Reis I 7,50, II 6,50
Erbsen I 3,50, II 1,90
Bohnen I 3,80, II 1,90
Salzbohnen . . . 0,75

per Pfund

Schokolade

extrafeine Schmelz- 100-Gramm-Tafel Mk. 6,—

Sarotti-Nährkakao

empfehlenswerte Kindernahrung

Selterwasser . . . 25 Pf.

Brausen . . . 35 Pf.

exkl. Glas

Billige Gewürze

BROT

Ia Hafer

für Kleintierhalter Pfd. 1,90

Sonderverteilung in reinen Seifen vom 14. bis 25. Juni.

Wegen ungenügender Belieferung von Seifenpulver, solange Vorrat. Ia Kernwaschseifen, la Toilettenseifen, la Rasierseifen zu billigen Preisen. Der Vorstand.

Am 15. Juni eintreffend:

1 Wagg. Ia pr. Oelsardinen portug. 7,50

Große Voll-Heringe . . . Stück 95 Pf.

hergestellt auf unseren 60 Doppelauszugsdampfbacköfen

Anerkannt beste Qualität

Spiritus

auf Juni-Marken des Magistrats in allen Berliner Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft

Maggi's Produkte

3 Waggon Zündhölzer eingegangen

Flaschenweine

gut gepflegt und versauert
Flasche
Bockenheimer 18,50
Montagne } franz. 17,20
Medoc } Rotwein 20,80
Manzanares, span. 18,—
Malaga (Medizinal-Wein) 1/4 18,—
Frühstücks-Dessert-Wein . . . 7,60
Wermuthwein 7,—
Apfelwein 7,—
Maitrank 6,50